

Bildungsbereiches Milliarden an Steuergeschenken in die Welt verteilt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unser Kerngeschäft in Nordrhein-Westfalen ist die Bildungspolitik. Das ist staatliche Aufgabe. Hierfür übernehmen wir mit diesem Haushalt wieder komplett die landespolitische Verantwortung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Seidl. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Auch nach einem Blick in die Runde bleibt es dabei. Dann sind wir am Schluss der Beratungen zum Einzelplan 06.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer der Beschlussempfehlung Drucksache 15/1706 folgen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Bei Nichtteilnahme der Abgeordneten der Fraktion Die Linke ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1706 angenommen** und der **Einzelplan 06 verabschiedet**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu:

Einzelplan 10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Dieser Einzelplan hat – so die Verabredungen – die Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“, „Landwirtschaft“ und „Klimaschutz“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1710 hin.

Zunächst eröffne ich die Beratung zum

Teilbereich Umwelt und Naturschutz

Hierzu hat als erster Redner der Abgeordnete Deppe für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 10 ist mit 673 Millionen € zwar nicht der größte Etat, aber er gehört zu den Einzelplänen mit der höchsten Stei-

gerungsrate: ein Plus von satten 19 % gegenüber dem Jahr 2010.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Vergleich zum Gesamthaushalt, der sich auch noch durch ein Plus von 6,8 % auszeichnet,

(Ralf Witzel [FDP]: Schuldentreiber!)

sind Sie, Herr Rimmel, der Schuldenmacher Nummer eins im Kabinett.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich frage mich, warum die anderen Kollegen in Ihrem Kabinett das alles so mitmachen.

(Armin Laschet [CDU]: Nachhaltigkeitsminister!)

Frau Kraft ist die Schuldenkönigin; aber gemessen an der Steigerung sind Sie, Herr Rimmel, der Schuldenkaiser dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vor dem Hintergrund dieser Steigerungsrate erzählen Sie den Menschen dann etwas von Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet Schutz der Umwelt, Bewahrung der Schöpfung, Schutz der Ressourcen – und zwar Schutz der natürlichen, aber auch der finanziellen Ressourcen. Heute das Geld zu verbrauchen und auszugeben, was die nächsten Generationen erst erarbeiten müssen, ist alles andere als nachhaltig. Das ist kurzsichtig und verantwortungslos.

Nun einige Worte zur Stellensituation. – In dieser Woche haben Sie erneut angekündigt, 300 zusätzliche Stellen in der Umweltverwaltung zu schaffen. Ihr Kollege Schneider darf im Bereich Arbeitsschutz immerhin 60 Stellen wiederbesetzen – keine neuen Stellen. Wieder einmal bestimmen die Grünen, wo es langgeht, nicht die SPD. Ich kann nur sagen: Das Königreich Hohn wird jetzt als Kaiserreich Rimmel wieder aufgebaut.

(Beifall von der CDU)

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind mit dieser Schuldenpolitik nicht zu machen.

Wenn es Ihnen wirklich um eine Verbesserung der Umweltsituation gehen sollte und Sie ehrlich vor sich selbst wären, müssten Sie nach einem dreiviertel Jahr – morgen sind Sie übrigens genau neun Monate Minister, herzlichen Glückwunsch – eine enttäuschende Bilanz ziehen. In nur neun Monaten haben Sie es geschafft, die Landwirte, die Waldbauern, die Förster, die Jäger, die Angler, die Sägewerker, die Wirtschaft, die Handwerker und sogar die Gewerkschaften – ob die IG-Bau oder den BDF – gegen sich und Ihre Politik aufzubringen. Herzlichen Glückwunsch! Das ist keinem anderen Minister in diesem Kabinett gelungen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Nicht nur wir, sondern auch die Verbände haben den Eindruck, dass Sachverstand und Expertenrat von außen ohnehin nur lästig sind und diese Landesregierung nicht interessieren, sondern nur stören.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Dass Sie den Dialog zwischen Wirtschaft und Umwelt faktisch eingestellt haben, ist schon schlimm genug.

Aber auch wie Sie mit dem Landtag und den von uns eingeladenen Experten bei diversen Anhörungen umgehen, ist nicht in Ordnung. Ob es um den Handwerkerausweis, den Schutz der Fische oder das Wasserentnahmeentgelt geht: Expertenrat wird grundsätzlich beiseite gewischt. – Gerade die Anhörung zum Wasserentnahmeentgelt hat erhebliche Ungereimtheiten in der Abgabebemessung zutage gefördert. Trotzdem boxen Sie das Gesetz jetzt zusammen mit dem Haushalt ohne Rücksicht auf die Folgen durch.

Am letzten Mittwoch haben wir in einer großen Anhörung zum Windkrafterlass erlebt, wie das Thema mit vielen beachtenswerten Argumenten zu bearbeiten ist. Bevor das Protokoll überhaupt vorliegt, gehen Sie hin und beschließen im Kabinett nur fünf Tage später die Eckpunkte.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Sie wissen alles besser. Die Meinung der Betroffenen interessiert Sie offenbar nicht die Bohne. Das ist das Kennzeichen Ihrer Politik.

(Beifall von der CDU)

Zusammenfassend kann man sagen: Sie haben sich von den Menschen, die Sie brauchen, um den Umwelt- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen weiterhin voranzubringen, in kurzer Zeit weiter denn je entfernt. Die Naturschutzverbände alleine, die in diesem Haushalt alle gut mit Geld versorgt werden, werden unsere Umwelt nicht retten. Wir brauchen Menschen, die Tag für Tag in der Natur, von der Natur und mit der Natur leben und arbeiten.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Großmastbetriebe!)

Diese Menschen können wesentlich mehr bewirken als neue Stellen in der Landesverwaltung. Genau diese Menschen, die so unheimlich wichtig sind, um den tatsächlichen Umwelt- und Naturschutz umzusetzen, stoßen Sie vor den Kopf. Herr Remmel, Ihre Politik wird scheitern. Sie schadet der Umwelt. Sie schadet den Menschen. Darum lehnen wir den Haushalt ab!

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Wer hat Ihnen diesen Schwachsinn aufgeschrieben?)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe, ich habe gedacht, im Grunde genommen ist es schade, dass wir nur eine Steigerung in Höhe von 19 % haben. Wenn ich höre, was Sie über Nachhaltigkeit sagen, denke ich, es wären noch ein paar Euro mehr notwendig gewesen, um Ihnen deutlich zu machen, wie Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert eigentlich aussieht.

(Beifall von der SPD)

Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen. Der Strukturwandel wird in allen Teilen der Gesellschaft, aber auch in Umwelt- und Klimapolitik thematisiert. Das Thema ist in den letzten Jahren von den Rändern in das Zentrum der Gesellschaft gewandert und hat Aufmerksamkeit ausgelöst.

Die großen Umweltprobleme sind aber weiter ungeklärt. Nach wie vor wird die Umwelt durch Lärm, Staub und andere Dinge belastet. Gerade sozial schwache und ärmere Menschen haben Probleme, mit diesen Dingen fertig zu werden – auch hier in Nordrhein-Westfalen. Lärm, Feinstaub und Umweltgifte machen sie krank. Aktuelle Fälle haben wir gerade vor Augen. Weil die Kosten hoch sind, ist es für viele schwierig, sich davor zu schützen. An einer vielbefahrenen Straße wohnen eben genau diejenigen, die sich keine Wohnung in einem teuren Stadtteil – meist im Süden einer Stadt gelegen – leisten können.

Deshalb ist Umweltpolitik präventive Gesundheitspolitik.

Ich bin vor wenigen Tagen gefragt worden, was für mich gute Umweltpolitik ist. Vor dem gerade geschilderten Hintergrund sage ich als Vertreter der SPD-Fraktion: Der Mensch muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Es ist also eine Frage der Gerechtigkeit, wie konsequent wir den Schutz unserer Umwelt und Natur betreiben. Und es gehört zu einer sozialen Politik, dass Umweltschutz für alle gesellschaftlichen Schichten deutlich wird.

Wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen, ist für uns klar, dass das im Einklang und Hand in Hand mit der Wirtschaft gehen muss. Deswegen enthält der Haushalt richtige Ansätze im Bereich der Umweltwirtschaftsstrategie. Auch das kommt in der öffentlichen Wahrnehmung häufig zu kurz. Umweltschutz und Wirtschaftsförderung schließen sich eben nicht gegenseitig aus. Wir sehen das gerade auf der Hannover-Messe. Die Landesregierung versucht, diesen Zweiklang herzustellen und nicht das eine gegen das andere auszuspielen, wie wir es in der abgelaufenen Wahlperiode unter der alten Landesregierung erfahren haben.

Umwelt- und Naturschutz gehören zu einer Wirtschaftspolitik dazu, weil der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen attraktiv sein muss. Er macht sich ganz klar an Lebensqualität, biologischer Vielfalt und Attraktivität fest. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort hat aber Anspruch auf eine gut arbeitende Verwaltung.

Wir werden die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen daher wieder handlungsfähig machen, Herr Deppe. Das war sie nicht mehr. Es nützt auch nichts, wenn man von überbordender Bürokratie spricht und darüber redet, dass wir die Menschen nicht zum Dialog einladen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben Dialoge mit Menschen geführt, die Ihnen recht waren. Sie haben sich aber nicht auf den unbequemen Weg gemacht und mit Menschen gesprochen, die vielleicht das eine oder andere Gegenargument haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Umweltbürokratie, von der ich gerade gesprochen habe, ist für Unternehmerinnen und Unternehmer wichtig, weil sie Anspruch auf korrekte Antragsberatung, auf Antragsentscheid und darauf haben, dass sie keine Wettbewerbsnachteile erfahren, wenn sie sich umweltgerecht verhalten. Es kann nicht sein, dass manche meinen: „Die Kontrolldichte ist niedrig, also kann es jahrelang gut gehen, und wenn ich irgendwann erwischt werde, ist das kein Problem, ich zahle die Strafe.“, während andere, die sich immer an die Vorgaben halten, die Gelackmeierten sind. Das ist falsch für einen Wirtschaftsstandort.

Herr Uhlenberg hat in seiner Zeit als Umweltminister schon deutlich auf die schlechte Personalausstattung hingewiesen; wir erinnern uns an den Brief, der kurz vor Ende der Legislaturperiode an die Regierungspräsidenten gesandt wurde und worin er seine Besorgnis geäußert hat, dies könne ein Problem sein.

Gleichzeitig ist eine Umweltverwaltung, die effektiv ausgestattet und effizient ist, auch eine, die Folgekosten vermeidet, die letztendlich die Gesamtgesellschaft tragen muss. Wir müssen nur in Richtung Dortmund gucken und wissen, was da auf uns zukommt. Vor dem Hintergrund vermeiden wir so auch präventiv, später Finanzmittel ausgeben zu müssen.

Die Biologischen Stationen haben uns in der letzten Wahlperiode stark beschäftigt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für Landesbehörden, übernehmen Aufgaben im Bereich der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, sie entlasten Landesbehörden, aber sie bündeln auch Ehrenamt und ehrenamtlichen Naturschutz. Wir hatten diesbezüglich sicherlich Streitig um die finanzielle Ausstattung. Diese wird nun verbessert, weil wir dort Ansätze sehen, wie Ehrenamt auch langfristig gehalten werden kann, um die biologische Vielfalt bewahren und letztendlich Nordrhein-Westfalen attraktiver machen zu können.

Umweltgerechtigkeit, Wirtschaftsförderung, Schutz von Natur und Klima ergänzen sich gegenseitig und sind Kernstücke unserer Politik. Für diesen Ansatz bietet der Haushalt eine gute Diskussionsgrundlage. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Stinka. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Um Nordrhein-Westfalen, die bedeutende Wirtschaftsregion im Herzen Europas, fit für die Zukunft zu machen, bedarf es einer Umgestaltung unserer Industriegesellschaft. Dafür brauchte dieses Land dringend einen Kompass der Nachhaltigkeit. Und lieber Kollege Deppe, als ich Ihre Rede eben gehört habe, ist mir noch mal klar geworden, warum gerade dieser Kompass der Nachhaltigkeit so wichtig war.

Das gleichberechtigte Zusammendenken von sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen ist seit der Landtagswahl im Mai 2010 berechtigterweise endlich die Richtschnur für politisches Handeln in Nordrhein-Westfalen – und das spiegelt sich auch eindeutig im Einzelplan 10 wider. Ich will mich – weil einige von uns nachher noch Fußball gucken wollen – auf einige Beispiele beschränken.

Die Effizienzagentur wird zum Instrument zur Umsetzung der Umweltwirtschaftsstrategie ausgebaut. Ein sehr deutliches Angebot an die kleinen und mittleren Unternehmen, das deutlich macht, dass sich Umweltpolitik nicht gegen Unternehmungen richtet, sondern eine Win-win-Situation schaffen kann, da mehr Ressourceneffizienz zugleich mehr Kosteneffizienz für Unternehmen bedeutet.

Oder nehmen Sie die Aufstockung für die Stiftung Umwelt und Entwicklung um 2 Millionen € oder auch die Aufstockung der Mittel für die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Durch die vielen tollen Projekte – die Sie von der CDU und vor allem von der FDP in der Vergangenheit immer wieder diskreditiert haben; Herr Ellerbrock, Sie sind ja jetzt wieder bei uns –

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

werden Menschen für Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Klimaschutz sensibilisiert und aktiv in die Zukunftsgestaltung eingebunden. Dem dienen auch die zusätzlichen 6 Millionen € für den Naturschutz, von denen Kollege Stinka hier eben schon gesprochen hat. Damit stehen mehr Mittel zur Finanzierung der Biologischen Stationen und für Projekte im Rahmen der Regionalen 2012 und 2016 zur Verfügung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Artenschutz und der Schutz der Artenvielfalt beginnen vor der eigenen Haustür und sind nicht nur ein Problem auf der anderen Seite des Globus.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Aber nicht mit öffentlichen Mitteln!)

– Doch, auch mit öffentlichen Mitteln.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ja, „auch“!)

Die gewaltige Herausforderung der Artenvielfalt, Herr Ellerbrock, kann man ohnehin nicht nur mit öffentlichen Mitteln bewältigen; das ist eine gemeinsame, eine Generationenaufgabe. Aber ein Land würde sich auch an der Zukunft versündigen, wenn es diese Aufgaben nicht anpacken und so tun würde, als fiele das alles vom Himmel.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

– Sie können gern eine Zwischenfrage stellen, dann geht das nicht auf meine Redezeit und wir können in einen Dialog treten.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2011 macht auch endlich Schluss mit der von der CDU-geführten Vorgängerlandesregierung praktizierten, unverantwortlichen Zerschlagung der Umweltverwaltung. 200 Stellen mehr in der Umweltverwaltung – Herr Deppe hat eben schon wieder von dem nicht verantwortbaren Aufbau einer starken Umweltverwaltung gesprochen – bedeuten mehr Sicherheit für die Menschen in NRW und den Schutz unserer aller Umwelt. Wir ziehen die Konsequenzen aus den Umweltskandalen wie bei Envio in Dortmund.

Ihre Zerschlagungspolitik war doch dafür verantwortlich, dass Herr Uhlenberg und Herr Diegel seinerzeit offensichtlich vor den skrupellosen Umweltfrevlern kapitulieren mussten, weil die Umweltverwaltung durch Ihre Politik des abgewählten „Privat vor Staat“ in wesentlichen Teilen kaputtgespart worden war.

Mit dem Haushalt 2011 beschließen wir die Mittel, um den Kompass der Nachhaltigkeit auch in der Umweltpolitik zu installieren. Das war überfällig und ist deshalb gut für die Menschen in unserem Bundesland, der Industrieregion im Herzen Europas. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Markert. – Für die FDP spricht jetzt Herr Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Mensch ist nicht das Produkt seiner Umwelt, die Umwelt ist vielmehr das Produkt des Menschen. – So hat es ein britischer Politiker aus dem 19. Jahrhundert, Benjamin Disraeli, einmal gesagt. Deswegen sind Umwelt- und Naturschutz heute auch zu Recht wichtige Querschnittsaufgaben

in der Landespolitik. Sie gehören ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung; beide Bereiche bestimmen das Lebensumfeld von uns Menschen.

Aber es sind auch Bereiche, wo sich der Unterschied ganz besonders festmacht – zwischen einer Politik mit Augenmaß oder einer Politik, die ideologisch geprägt ist. Jedem hier in diesem Hause attestiere ich das ernstliche Bemühen, um einen richtigen Weg im Umwelt- und Naturschutz zu ringen. Es wird Sie, lieber Herr Minister Remmel, aber nicht erstaunen, dass gerade in diesen bedeutsamen Politikfeldern auch Unterschiede in der Akzentuierung, Umsetzung und Schwerpunktbildung bestehen.

Zum Wasserentnahmeentgelt hat Herr Kollege Deppe schon einiges gesagt. Selten hat es wohl in diesem Hohen Hause eine Anhörung gegeben, meine Damen und Herren, die so eindeutig und von großem Misstrauen und Unverständnis gegenüber dem Regierungshandeln geprägt war.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Rainer Deppe [CDU])

Wir haben stets die massive Erhöhung kritisiert. Wir fühlen uns bestätigt, und zwar nicht nur durch die Wirtschafts- und Unternehmensvertreter, sondern auch durch die Gewerkschaften, durch den VKU – alles keine liberalen Sprachrohre, meine Damen und Herren, sondern Ihre Leute, die am Ende uns recht gegeben haben, die gesagt haben, dass mehrere Tausend Arbeitsplätze in Gefahr sind, die die verfassungsrechtlichen und rechtlichen Bedenken des Entwurfs des Wasserentnahmeentgeltgesetzes herausgestellt haben.

(Minister Guntram Schneider: Quatsch!)

Ich glaube, das muss man an dieser Stelle noch einmal betonen.

(Beifall von der FDP)

Denn hier drohen Sie nach den Sprüchen des VGH in Münster und des VG in Arnsberg in die nächste juristische Falle hineinzutappen, weil nämlich die Zweckbindung überhaupt nicht deutlich wird.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Deshalb auch die erhöhten Haushaltsansätze für Prozesskosten!)

Meine Damen und Herren, in diesen Kontext fügt sich Ihr Vorhaben zum Kies-Euro nahtlos ein. Man muss es Ihnen schon lassen, Herr Minister Remmel, Sie machen das sehr konsequent. Aus unserer Sicht ist das aber konsequent falsch,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

dadurch die Unternehmen, gerade im niedersächsischen Umfeld, zu benachteiligen, weil die Standortbedingungen dort anders sind.

Das gilt auch für die Jagdsteuer, bei der Sie wieder in alte Denkmuster verfallen. Das kann man für das Projekt Nationalpark Senne sagen. Wir reden hier ja

auch über den Haushalt. Meine Damen und Herren, ich habe mehrfach nachgefragt: Wer zahlt welche Kosten in welcher Höhe bei irgendwelchen Nationalparkfantasien in der Senne?

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Unabhängig von Inhalten und Themen zum Nationalpark – bis heute gibt es keine Kostenabschätzung, nur den Blankoscheck, das Land würde Kosten übernehmen. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Abruszat, verzeihen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Markert zulassen?

Kai Abruszat (FDP): Sehr gern.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Kollege Abruszat, herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zu fragen. – Könnten Sie uns an Ihren Überlegungen zum Kies-Euro teilhaben lassen? Woran haben Sie das im Haushalt 2011 festgemacht? Wo findet sich die Haushaltsstelle? Das würde mich interessieren. Ich habe das bis jetzt nicht finden können.

Kai Abruszat (FDP): Wenn ich Ihre Frage so deute, dass Sie von diesem Vorhaben, von dem man schon so viel gehört hat, Abstand nehmen, dann hat diese Debatte, die wir jetzt führen, sehr viel dazu beigetragen, das zu erhellen, verehrter Herr Kollege Markert.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich bin sehr gespannt auf diese Diskussion. Sie waren auch bei der Anhörung zum Wasserentnahmeentgelt dabei. Da ist auch der „Kies-Euro“ von den beteiligten Unternehmen und Verbänden noch einmal angesprochen worden, weil natürlich auch dort systematische Zusammenhänge existieren, die wir hier nicht ausblenden dürfen.

Ich glaube, die Haltung zum „Kies-Euro“ und die Haltung zur Jagdsteuer fügen sich nahtlos in die Haltung zum Thema „Wassersteuer oder Wasserentnahmeentgelt“ ein. Die weiteren Diskussionen werden das erkennen lassen. Und ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir das in der Auseinandersetzung darüber vielleicht noch korrigieren können.

Ich komme zum Personaletat. Es ist hier schon einiges gesagt worden. Meine Damen und Herren, damit wir uns hier richtig verstehen: Mit dem PCB-Envio-Skandal in Dortmund allein diese Stellenvermehrung zu erklären, ist unseriös.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das von der Landesregierung selbst beauftragte Prognos-Gutachten soll aufgezeigt haben, dass es schwerwiegende Verfehlungen gegeben hat und Nachlässigkeit, Fahrlässigkeit, Oberflächlichkeit, Gutgläubigkeit und Untätigkeit auf der Tagesordnung standen. Wer glaubt, dass das ausschließlich durch mehr Personal zu lösen ist und entsprechender Strukturen nicht bedarf, der geht fehl.

Lassen Sie mich schließlich auch noch zum Thema „Naturschutz“ etwas ausführen, weil das zu diesem Tagesordnungspunkt gehört. Meine Damen und Herren, ich sehe kein Konzept, wie Sie die bestehenden Gegensätze, zum Beispiel im Hinblick auf den wichtigen Erhalt von Landschaft und Artenvielfalt einerseits und den geplanten Eingriff in den Flächenverbrauch andererseits, etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien, miteinander versöhnen wollen.

Sie besetzen mit dem Haushalt für Umwelt und Naturschutz sicherlich das eine oder andere richtige Thema. In der Exekutive haben Sie Ihr Haus, Herr Minister Rimmel – ich habe das an dieser Stelle auch schon gesagt –, beim Dioxinskandal professionell geführt. Auch das muss hier erwähnt und dafür muss den Mitarbeitern gedankt werden. Aber die Art der Herangehensweise an sensible Themen und die sich im Haushalt niederschlagenden Entwicklungen können so unsere Zustimmung nicht finden.

Ich würde mich sehr freuen, kämen wir an der einen oder anderen Stelle noch zu Korrekturen. Es ist heute erst die zweite Lesung, und ich freue mich auf die Diskussion. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Entwurf des Einzelplans 10 sind bisher 834 Millionen € vorgesehen. Das ist erst einmal etwas mehr als im letzten Jahr. Aber werden wir denn mit diesem Haushalt den uns gestellten Herausforderungen gerecht? Ich meine, kaum. Denn der Klimawandel wird sich auf Nordrhein-Westfalen auswirken, und es muss daher auch von hier aus vorgesorgt werden, und zwar in allen Bereichen.

Nun zum Umwelt- und Naturschutz. Zu diesem Thema begrüßen wir Linken selbstverständlich, wenn hier eine gentechnikfreie Landwirtschaft beschlossen wird. Ähnlich wie bei der Atomkraft wird auch mit der Gentechnik Zauberlehrling gespielt, und die Kräfte, die dabei gerufen werden, werden wir und auch unsere Kinder und Kindeskinde nicht los. Im Interesse unserer Gesundheit und der Gesundheit der kommenden Generationen, im Interesse des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen

muss auch auf diesem Gebiet endlich mit dem Machbarkeitswahn aufgeräumt werden.

Nicht erst seit gestern, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern seit vielen Jahren ist klar, dass die Auswirkungen gentechnisch veränderter Lebewesen auf die gesamte Ökosphäre völlig unvorhersehbar sind. Ebenso klar ist: Es gibt keine verlässlichen Mittel, die Auswilderung gentechnisch veränderter Pflanzen und Mikroorganismen zu verhindern. Sie bleiben nicht auf das Feld beschränkt, wo gentechnisch manipulierte Nutzpflanzen angebaut werden. Sie überschreiten diese Grenzen und führen zur Ausbreitung von Organismen, die außerhalb der natürlichen Entwicklungsgeschichte stehen, die, wie Sie alle sehr gut wissen, viele Millionen Jahre gedauert hat.

Der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft, der von den großen Konzernen und vom Agrobusiness aufgrund ihres Profitinteresses vorangetrieben wird, muss ein Ende haben –

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

nicht nur bei uns hier in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland, in Europa und weltweit. Und da drohen viele Gefahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommission der Europäischen Union will Futtermittel zulassen, die mit gentechnisch verändertem Material verunreinigt sind – und das ohne jede rechtliche Grundlage. Die Landesregierung ist aufgefordert, im Bundesrat dagegen vorzugehen und die Bundesregierung aufzufordern, sich in der EU dafür einzusetzen, dass das verhindert wird.

Wir Linken sehen den Umwelt- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen nicht als gewährleistet an, solange es hier bei uns den Braunkohletagebau gibt. Damit werden nicht nur die Landschaft und die Lebenswelt vieler Menschen weiträumig verwüstet, sondern auch ein fossiler Energieträger gefördert, dessen Nutzung angesichts der unabdingbaren Klimaziele völlig unverantwortlich ist. Ich frage hier: Warum sorgen SPD und Grüne nicht wenigstens dafür, dass die Sümpfungswässer mit einer Abgabe belegt werden? Massive Umweltzerstörung und der massive Verbrauch von Grundwasser bleiben für die Betreiber kostenlos. Sie scheffeln die Gewinne und vernichten dafür Trinkwasser. Die Gesellschaft insgesamt muss die Folgen tragen. Das ist ungerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir Linken fordern, wegzukommen von den fossilen Energieträgern und so rasch wie möglich umzusteuern auf 100 % erneuerbare Energien und auf das massive Einsparen von Energie. Die SPD hier in NRW sagt das Gegenteil: Ihr Fraktionsvorsitzender Norbert Römer will in Sachen Steinkohle an der Revisionsklausel festhalten, damit auch nach 2018 Steinkohle gefördert werden kann. Der DGB-Vorsitzende in NRW, Andreas Meyer-Lauber, hat gesagt:

„Eine Brücke aus Gas und Kohle ist allemal besser als eine aus Uran und Plutonium.“

Wir Linken sagen: Nein! Die Steinkohle ist keine Brückentechnologie! Die Kohleverstromung ist aus ökologischer Sicht unverantwortlich.

Ein Natur- und Umweltschutz, den wir Linken mittragen können, sieht anders aus, meine sehr verehrten Damen und Herren! – Ich danke.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Akbayir. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind die Königsdisziplin des Parlamentes, weil es darum geht, in Zahlen gegossenes Haushaltswerk politisch zu orientieren und damit gemessen an den Herausforderungen der nächsten Jahre Politik zu gestalten. Es geht also schlicht um die Frage: Was sind die Herausforderungen der nächsten Jahre, Jahrzehnte in Sachen Umweltpolitik? Daran müssen sich die Finanzmittel und das politische Handeln orientieren.

Von Herausforderungen habe ich weder von Herrn Deppe noch von Herrn Abruszat etwas gehört. Sie haben gemäkelt, kritisiert. Aber wo sind denn Ihre Linien? Ich will Ihnen vier Linien aus meiner Perspektive nennen, was die zentralen Herausforderungen sind und wo wir uns engagieren müssen.

Der Klimaschutz ist in der Tat die Jahrhundertherausforderung, wenn wir das Zwei-Grad-Ziel erreichen und dazu einen Beitrag aus Nordrhein-Westfalen leisten wollen. Es ist eine gewaltige Herausforderung, von 16 t CO₂-Verbrauch pro Jahr auf 3 bis 4 t zu kommen, und zwar innerhalb von 40 Jahren.

Über die Artenvielfalt wird nach unserer Einschätzung in zehn Jahren genauso diskutiert wie heute über den Klimaschutz. Wir sind gerade dabei, die Festplatte unserer Erde zu löschen. In Nordrhein-Westfalen sind 45 % der Pflanzen und Tiere vom Aussterben bedroht. Artenvielfalt in der Fläche findet hier nicht mehr statt. Die Arten haben sich auf die Schutzgebiete zurückgezogen.

Zur Rohstoffknappheit: Wer die letzten zwei, drei Jahre verfolgt hat, der hat festgestellt, dass an internationalen Börsen nicht mehr nur mit Finanzen, sondern zunehmend auch mit Rohstoffen spekuliert wird. Für 2050 werden 9 Milliarden Menschen prognostiziert. All diese Menschen wollen ernährt werden und verlangen nach Wohlstand und Rohstoffen. Die Herausforderung wird also sein, mit zunehmend knappen Rohstoffen umzugehen.

Die vierte Herausforderung ist die Frage, mit welcher Gesellschaftsform wir es schaffen, uns auf diesen Wandel einzustellen. Ist unsere Demokratie so stabil, diese gewaltigen Veränderungen innerhalb von ein bis zwei Generationen hinzubekommen?

Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, und zwar in Nordrhein-Westfalen, einem Land, das von Industrie geprägt ist und auch zukünftig von Industrie geprägt sein wird. Ich halte überhaupt nichts davon, wenn manche davon sprechen, wir seien auf dem Übergang in eine Wissensgesellschaft. Nein, unser Fundament ist die Industrie, ist die Industriegesellschaft.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Da liegt auch unsere Zukunft. Wenn wir die letzten 150 Jahre einmal Revue passieren lassen, dann stellen wir fest, dass die Industriegeschichte, egal ob Kohle, Stahl, Chemie oder Automobile, immer eng mit Nordrhein-Westfalen, mit Energie und mit einer entsprechenden technologischen Entwicklung verknüpft war. Die entscheidende Frage für uns ist: Sind wir beim nächsten Sprung – und der Sprung muss gewaltig sein – dabei, oder wird der woanders stattfinden? Ich möchte, dass er hier stattfindet, dass hier Arbeitsplätze bleiben und neue geschaffen werden und dass wir den Standortvorteil, den wir haben, weiterentwickeln, und zwar in einer gesunden Umwelt. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Ihr Regierungshandeln in den letzten fünf Jahren war dadurch geprägt, dass Sie nicht gehandelt haben, dass Sie sich von Lobbygruppen entsprechende Vorlagen haben diktieren lassen und dass „Privat vor Staat“ das Motto war, nämlich staatliches Handeln nicht stattfinden zu lassen. Sie haben staatliches Handeln bewusst nicht stattfinden lassen.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie haben Verwaltung abgebaut und damit den Schutz der Menschen und der Umwelt sowie die Entwicklung nach vorne bewusst gefährdet. Ich mache Ihnen das an Beispielen deutlich, damit das klar wird. Man kann nicht über den Flächenverbrauch lamentieren, ohne gleichzeitig auch in die Altlastensanierung zu investieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir hatten, wenn es um die Sanierung von Altlasten geht, noch nie so wenig Geld im Landeshaushalt wie zu diesem Zeitpunkt.

Wenn man entsprechende Maßnahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie nach Brüssel meldet, dann muss man auch für die notwendige Finanzausstattung sorgen. Man kann nicht hier nur über das Wasserentnahmeentgelt lamentieren, sondern man muss auch sagen, wie man denn die 80 Millionen €, die man jährlich nach Brüssel gemeldet hat, auch tatsächlich finanzieren will. Da sind Sie bis heute eine Antwort schuldig geblieben. Sagen Sie doch,

wie Sie das, was Sie selbst gemeldet haben, finanzieren wollen! Dann brauchen wir über das Thema „Wasserentnahmeentgelt“ vielleicht nicht mehr zu diskutieren, wenn Sie einen Vorschlag haben.

Zur Effizienzagentur: Wenn die Perspektive sein soll, die Umweltwirtschaft voranzubringen – alle sagen, dass die Umweltwirtschaft in zehn Jahren mehr Menschen beschäftigen wird als Automobilbau und Chemieindustrie zusammen –, wenn wir dieses Thema nach vorne bringen wollen, dann müssen wir registrieren, dass wir bei der Beratung der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen in zehn Jahren gerade einmal ein Zehntel dieser Unternehmen, die wir erreichen wollen – es geht gerade um kleine und mittlere Unternehmen –, erreicht haben.

Das Programm „Ökoprofit“ ist ein Renner in diesem Land. Das müssten Sie vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen. Auch da haben Sie in den letzten Jahren versäumt, tätig zu werden.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, entschuldigen Sie ...

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Es geht in der Tat um die Frage der Umweltverwaltung. Nein, mit Envio kann man das nicht erklären. Aber Sie müssen doch dazu Stellung nehmen, dass der Umweltminister Uhlenberg, mein Vorgänger, am Ende seiner Amtszeit festgestellt hat: Uns fehlen 200 Stellen, um unsere Pflichtaufgaben zu erfüllen. – Es geht nicht um Mehraufgaben, es geht um Pflichtaufgaben.

Wenn Herr Diegel in einem Brandbrief schreibt: „Wir sind kurz davor, uns strafbar zu machen wegen Organisationsverschulden“, dann wissen wir angesichts der Tatsachen, der Menschen, die bei Envio belastet sind, was „Organisationsverschulden“ bedeutet. Darauf haben Sie bis heute keine Antwort gegeben. Das macht deutlich, dass wir dringend handeln müssen und dass wir vorwärtsgerichtet handeln müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Wären Sie bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock zu beantworten?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne. Dann können wir unseren Pas de deux fortsetzen.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, Sie sprachen eben einen wenig erfreulichen Problembereich an, nämlich den AAV. Dort lag es an der mangelnden Bereitschaft der Wirtschaft, sich hier finanziell zu beteiligen. Aber letztendlich müssen doch auch Sie zugestehen, dass der damalige Umweltminister Uhlenberg im Verein mit vielen anderen es fertiggebracht hat, den AAV nicht nur handlungsfähig, sondern extrem handlungsfähig zu machen, und dass es darum geht, den Problembereich „Altlastensanierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ auch in enger Verzahnung mit der Industrie nach vorne zu tragen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wie war noch mal die Frage?)

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Wissen Sie, Herr Ellerbrock, wir sind gerade dabei, diese Altlast aufzuarbeiten. Wir hatten noch nie so wenig Geld zur Verfügung wie zurzeit, was den AAV angeht.

Sie haben seinerzeit mit der Wirtschaft verhandelt, und Sie haben damals 2 Millionen €, den niedrigsten Stand überhaupt, ausgehandelt. Die Wirtschaft hat aber nicht einmal den Betrag von 2 Millionen € geleistet. Bisher sind erst 1,3 Millionen € eingegangen. Das zeigt, wie durchsetzungsstark Sie offensichtlich an dieser Stelle gewesen sind. Sie tun nichts in puncto Altlasten; Sie sind selbst eine Altlast, die wir zurzeit behandeln müssen, damit wir wieder nach vorne kommen, damit wir aufräumen können, um den Weg freizumachen.

Ich nenne Ihnen ein weiteres Beispiel: die Frage der Umweltzonen. Warum haben Sie den Luftreinhalteplan nicht grundsätzlich entschieden? Weil Sie ihn nicht entscheiden wollten. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir die Perspektive für die Menschen und für die Luftqualität auch tatsächlich mit Blick nach vorne entwickeln können. In anderen Regionen der Bundesrepublik hat man solche dauerhaften Entscheidungen tatsächlich getroffen.

Ich will also deutlich machen: Selbstverständlich findet der Dialog statt, der Dialog zwischen Umwelt und Wirtschaft. Selbstverständlich findet ein neuer Dialog statt zwischen der Landwirtschaft und der Umwelt. Selbstverständlich treffen wir mit den Handwerkern und Handwerkerinnen Regelungen. Selbstverständlich sprechen wir mit den Gewerkschaften.

Aber eines ist auch klar: Der Primat der Politik und damit der Primat der politischen Entscheidung muss gelten. Wir lassen uns von niemandem irgendeine Vorschrift machen. Wir reden, und entschieden wird hier, und das ist auch selbstverständlich; dafür gibt es ein gewähltes Parlament.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister.

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um zwei Minuten überzogen. Daher frage ich in die Runde, ob jemand von den Fraktionen noch einmal sprechen möchte. – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Da zu diesem Teilbereich keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zum

Teilbereich Verbraucherschutz

Die Debatte eröffnet Herr Deppe für die Fraktion der CDU.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte, die wir gerade führen, zeigt – ich stehe hier auch schon zum zweiten Mal an diesem Pult –, dass hier jemand seinen Machiavelli gelernt hat. „Divide et impera“ hieß es da. Gerade bei der Schlüsselstellung, Herr Rimmel, die Sie im Gefüge der Regierung haben – über das Vehikel Klimaschutz können Sie de facto alle Ressorts kontrollieren und haben dadurch eine Art Vetorecht –, wäre es, glaube ich, angemessen, wenn wir eine ausführlichere Debatte führten, so wie wir es auch in den letzten fünf Jahren gemacht haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Können Sie das mal Ihrem PG sagen? Das war der Wunsch Ihres Parlamentarischen Geschäftsführers!)

Da gab es nämlich immer eine Generaldebatte zum Etat des Umweltministers, und wir mussten das nicht in diese Teilbereiche aufteilen.

Zum Verbraucherschutz: Hier gibt es Licht und Schatten.

Zunächst zum Schatten – leider müssen wir hier ja immer die Gegensätze austragen –: Das Wichtigste, was Verbraucher wünschen und was eine seriöse Verbraucherpolitik ausmacht, sind Verlässlichkeit und Vertrauen. Leider können Sie, Herr Rimmel, der Versuchung nicht widerstehen, für Verunsicherung zu sorgen. Kein Skandal ist Ihnen zu billig, um daraus eine öffentliche Kampagne zu machen. Dabei wäre es eigentlich Ihre erste Aufgabe, dafür zu sorgen, dass zum Beispiel – ich will mit Blick auf die Zeit nur ein Beispiel nennen – schadstoffbelastetes Spielzeug aus den Regalen geholt wird, bzw. dafür zu sorgen, dass solches Spielzeug dort gar nicht erst hineingestellt wird.

Dioxin war natürlich das zentrale Thema der letzten neun Monate. Dass Sie hier in Nordrhein-Westfalen so entspannt auftreten konnten, dafür können Sie sich bei Ihrem Vorgänger Eckhard Uhlenberg bedanken, und Sie können sich vor allem auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim LANUV

und bei den chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern sowie bei den Veterinärämtern in den Kreisen bedanken. Binnen Stunden hatten diese nämlich mit der schlagkräftigen Lebensmittelüberwachung, die wir eingerichtet haben, Klarheit über Lieferketten gewonnen und konnten handeln, und zwar zu einem Zeitpunkt, als andere Länder noch mühsam die Wege recherchieren mussten.

Für das Aufspüren von verunreinigten Futtermitteln und von sage und schreibe fünf Partien genussuntauglichen Fleisches und genussuntauglicher Eier hat die Verwaltung sehr reibungslos gesorgt. Sie waren dann nur noch für die Propaganda zuständig. Und diese Propaganda ist Ihnen natürlich gelungen – aber mit massiven Kollateralschäden. Nicht der Täter, der Ex-Stasi-Mann, der illegal Dioxinfett zusammengemischt hat, war Ihr Angriffsziel, sondern es waren die Opfer, die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land, und zwar sofort. Als die ersten Meldungen auftauchten, wussten Sie schon: Die Landwirtschaft ist es schuld. Dass die Opfer letztlich auch noch den Erlösverlust mit 600 Millionen € für diese Kampagne bezahlen mussten, dafür fühlen Sie sich dann nicht mehr zuständig.

Als aber wenige Wochen später die Weiderinder betroffen waren – um hier noch einmal eine Zahl in Erinnerung zu rufen: ein Drittel aller Fleischproben, die untersucht worden waren, war nicht verkehrsfähig –, da war das überhaupt kein Thema mehr für Sie.

Wer in dem einen Fall „Skandal“ schreit und im nächsten Fall nichts macht, verliert jede Glaubwürdigkeit und bringt den Verbraucherschutz in Misskredit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Seriös informieren und vor allem handeln – das ist die Aufgabe des Verbraucherschutzministers.

Ich hatte „Licht“ und „Schatten“ angekündigt. Zum Licht: Positiv ist der Vertrag mit der Verbraucherzentrale. Er geht auf einen einstimmigen Beschluss dieses Hauses – das war übrigens der Antrag der CDU und der FDP „Erfolgreiche Arbeit der Verbraucherzentrale langfristig sicherstellen“ – zurück. Dass es dann vom letzten Herbst bis in die letzte Woche hinein so lange gedauert hat, finden wir, ehrlich gesagt, ärgerlich und unnötig. Zumindest hat es aber der Verbraucherzentrale die mittelfristige Sicherheit verschafft, die wir haben wollten.

In diesem Punkt haben Sie die Unterstützung der CDU, und ich denke auch der FDP. Sie wären gut beraten, die Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen im Konsens mit uns, mit der Opposition zu gestalten.

Herr Remmel, noch eines zum Schluss: Wenn ich Ihre Pressemitteilungen lese, stelle ich fest, dass Sie immer die gleiche Melodie spielen; nur die Strophen sind anders. Und jede zweite Woche kommt eine neue hinzu: Die EU-Kommission muss jetzt

aber mal tätig werden! – Frau Aigner muss etwas machen! Und Umweltminister Röttgen muss jetzt aber mal wirklich tätig werden!

Herr Remmel, statt ständig auf andere zu verweisen: Unternehmen Sie doch selbst einmal etwas! Kümmern Sie sich um Ihre wichtigste Aufgabe. Sorgen Sie hier im Land dafür, dass sich Verbraucher jederzeit sicher sein können, dass das, was sie einkaufen, in Ordnung ist, und dass sie nicht getäuscht werden. Das wäre verantwortliche Verbraucherpolitik.

Da haben Sie noch einen langen Weg vor sich, aber auf diesem Weg würden wir Sie sogar unterstützen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Deppe. – Für die SPD spricht jetzt Frau Ruhkemper.

Cornelia Ruhkemper (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass sich gerade im letzten Jahrzehnt die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen extrem verändert haben. Grund hierfür ist die fortschreitende Globalisierung einerseits und andererseits der ständig wachsende technische Fortschritt. Diese Veränderungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher. Und das ist jetzt das Thema: Verbraucherschutz und Verbraucherpolitik. Darauf möchte ich intensiv eingehen.

Immer mehr Menschen geraten aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Notlagen. Oft mangelt es diesen Menschen an der notwendigen Finanzkompetenz. Es fehlt ihnen aber auch an sozialer Sicherheit, und oft fehlt das notwendige Qualitätsbewusstsein. All dieses kann man an den stetig steigenden Zahlen von Verbraucherkontakten bei den Verbraucherzentralen feststellen. Als Beispiel möchte ich hier die neue Verbraucherzentrale in Schwerte nennen, die erst seit einem Jahr in Betrieb ist, aber bereits in diesem Jahr 10.000 Kontakte hatte. Diese stetig steigende Zahl von Verbraucherkontakten macht deutlich, dass wir Verbraucherschutz- und Verbraucherpolitik weiterhin und vermehrt ins öffentliche Bewusstsein rücken müssen.

Verbraucherpolitik und Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des täglichen Lebens berührt. Damit eine verantwortungsvolle und vor allen Dingen unabhängige Verbraucherpolitik mit den rasanten Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens Schritt halten kann, muss sie sich an Rahmenbedingungen orientieren können. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören nach unserer Auffassung, dass die Aufgaben, nämlich die Vermittlung von Qualitätsbewusstsein, die Herstellung von Transparenz und die Schaffung von Sicherheit und Rechtssicherheit für die Verbrauche-

rinnen und Verbrauchern, finanziell abgesichert sind.

Daher freuen wir uns über die zwischen der Landesregierung und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen getroffene Vereinbarung über die Zusammenarbeit bis 2015. Mit dieser Vereinbarung erhält die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen für die Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben im Sinne eines unabhängigen Verbraucherschutzes die notwendige Planungs- und Finanzierungssicherheit bis zum Jahre 2015, und sie wird damit in die Lage versetzt, weitere Lücken im Beratungsnetz zu schließen und insgesamt fünf neue Beratungsstellen einzurichten. Mit dieser Vereinbarung kann die Verbraucherzentrale mit ihrem wertvollsten Pfund wuchern: Sie bleibt unabhängig und behält bei Verbraucherinnen und Verbrauchern ihre Glaubwürdigkeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die privaten Haushalte nicht ungeschoren gelassen. In Nordrhein-Westfalen sind über 700.000 Menschen überschuldet. Arbeitslosigkeit, Überschuldung, die daraus resultierenden Lebenskrisen, aber auch eine oftmals unzureichende finanzielle Allgemeinbildung quer durch alle Bevölkerungsschichten haben einen erhöhten Bedarf an Schuldner- und Insolvenzberatung offen gelegt.

Zur Stärkung der Schuldner- und Insolvenzberatung werden die dafür notwendigen Finanzmittel um 500.000 € erhöht. Mit dieser Ansatzserhöhung leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Präventivansatz der Landesregierung. Eine gute Schuldner- und Insolvenzberatung wirkt vorbeugend und führt auf Dauer zu erheblichen Einsparungen im Haushalt.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung den Dialog und den Erfahrungsaustausch zwischen Schuldner- und Verbraucherberatung, den Wohlfahrtsverbänden, der Wissenschaft und Wirtschaft, Verwaltung und Politik im Netzwerk Finanzkompetenz weiter fortsetzt. Hierbei sei zu erwähnen, dass in diesem Bereich die Sparkassen- und Giroverbände vorbildhaft tätig sind. Sie stellen mit dem Sparkassenfonds bereits seit 20 Jahren erhebliche Mittel zum Zwecke der Schuldnerberatung bereit und haben im letzten Jahr diese Mittel nochmals deutlich um 17 % angehoben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein ähnliches Engagement erwarten wir auch zukünftig von den privaten Banken.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zusammenfassend ist zu sagen: Verbraucherschutzpolitik muss Informations- und Bildungsangebote für Jung und Alt anbieten und die Finanzkompetenzen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Sie soll Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, sich über die Qualität von Produkten zu informieren, um dann mit ihrer Kau-

fentscheidung aktiv den Markt mitgestalten zu können.

Sie soll Transparenz herstellen – sowohl bei der Herstellung von Produkten wie bei deren Kennzeichnung. Und sie soll Sicherheit garantieren, vor allen Dingen Rechtssicherheit, die es den Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglicht, ihre Entscheidungen auch wieder rückgängig machen zu können. Also Qualität, Transparenz und Sicherheit sind die Rahmenbedingungen für eine verantwortungsvolle und moderne Verbraucherpolitik.

Ich bin mir sicher, dass mit dem vorgelegten Entwurf des Einzelplans 10 Kapitel 10 040 diese Rahmenbedingungen für eine moderne nordrhein-westfälische Verbraucherpolitik erfüllt sind. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ruhkemper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund immer wiederkehrender Lebensmittelskandale, aber eben auch vor dem Hintergrund starker wirtschaftlicher Interessenverbände ist Verbraucherschutz nicht nur eine wichtige staatliche Aufgabe, sondern ein unverzichtbarer Beitrag, um den Konsumentinnen und Konsumenten die Teilhabe am Wirtschaftsleben auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Meine Vorrednerin hat schon einige Beispiele genannt, wo es wichtig ist, diese Augenhöhe durch die Beratung zu ermöglichen. Es gibt weitere Beispiele, wenn wir etwa an den Gesundheitsbereich denken: immer mehr IGeL-Leistungen, also Leistungen, die man bezahlen muss, die medizinisch aber nicht zwingend notwendig sind. Das kann man machen. Gerade wenn man etwas weniger auf der Tasche hat, sollte man aber wissen, ob die Leistungen auch notwendig sind und was dahintersteckt. Das ist ein neues Feld im Bereich der Verbraucherberatung.

Oder die Teilnahme an unserer Kommunikations- und Mediengesellschaft: Es findet immer noch Telefonabzocke statt. Da will jemand eine Reise buchen, ruft bei einem Flugveranstalter an und wird erst einmal ein paar Minuten auf eine Leitung gelegt, für die er zahlen muss, obwohl er dafür keine Gegenleistung bekommt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das soll geändert werden!)

– Das soll geändert werden? Das ist angekündigt, ja. Frau Aigner im Bund, Herr Ellerbrock, kündigt bei vielen Themen immer viel an. Es dauert dann immer leider sehr lange, bis etwas dabei herauskommt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn etwas dabei herauskommt!)

– Wenn was dabei herauskommt, danke für den Hinweis.

Dann haben wir im Moment auch eine energiepolitische Debatte. Viele Menschen fragen sich: Was kann ich tun, wenn ich den Stromanbieter wechseln will? Da ist es gut, eine Anlaufstelle zu haben, bei der ich mich neutral informieren kann: Welche Art von Strom will ich haben? Welche Art von Energieversorgung möchte ich haben, und wo kann ich Energie sparen? Welche Geräte brauchen besonders viel Energie? Welche Möglichkeiten, das selber zu messen, gibt es? Auch das ist eine Herausforderung für moderne Verbraucherberatung. Auf der anderen Seite stehen dem auch große Wirtschaftsinteressen gegenüber.

Teilhabe am Wirtschaftsleben auf Augenhöhe: Das ist das, was diese Landesregierung mit dem Ausbau der Verbraucherberatungsstrukturen ermöglichen will. Deswegen – auch das hat meine Vorrednerin bereits angesprochen – ist es so gut und so wichtig, dass es die neue Vereinbarung gibt, dass es in diesem Jahr 1 Million € mehr für die Verbraucherzentrale gibt und dass langfristig die Strukturen auch dadurch gestärkt werden, dass es eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 36,7 Millionen € gibt, um langfristig die Arbeit der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen abzusichern.

Damit wird die nordrhein-westfälische Verbraucherzentrale die Nummer eins in Deutschland. Darauf können wir alle zusammen mit Recht sehr stolz sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nun wurde hier seit Monaten – Kollege Abruszat ist jetzt gerade in tiefe Gespräche verwickelt –

(Kai Abruszat [FDP]: Ich bin multitaskingfähig!)

– Ja, Multitasking können eigentlich nur Frauen, aber gut. – Nun haben wir hier oft miteinander beschworen, dass wir uns im Verbraucherschutz so einig sind. Insbesondere, lieber Kai Abruszat, wenn es darum ging, die Verbraucherberatungsstrukturen vor Ort auszubauen, waren wir uns immer einig. Wir werden mit diesem Haushalt die Landeshausaufgaben an dieser Stelle machen. Ich erwarte dann auch die Unterstützung an der Stelle.

(Kai Abruszat [FDP]: Sehr löblich!)

Aber ich erwarte sie dann auch gerade als Neusser Abgeordneter vor Ort. Denn in den nächsten Jahren sollen landesweit, auch in Neuss – darüber bin ich sehr glücklich –, fünf neue Verbraucherzentralen geschaffen werden. Ich erwarte jetzt – Kollege Gerlings ist jetzt leider nicht da –, dass dann auch die kommunalen Komplementärstellen zur Verfügung gestellt werden.

Es kann nicht sein, dass wir hier im Parlament immer danach rufen, die Verbraucherzentralen auszubauen, das Land auffordern, die Mittel zur Verfügung zu stellen, und bei den kommunalen Haushalten dann ganz verschämt zur Seite blicken. Ich erwarte jetzt auch, dass Sie vor Ort Ihre Hausaufgaben machen. Lassen Sie uns das dann bitte gemeinsam anpacken! Das ist der Lackmustest, wie ernst es Ihnen tatsächlich mit dem Ausbau der Beratungsstrukturen ist.

Das Land jedenfalls ist auf einem guten Weg beim Verbraucherschutz, um sich auch den neuen Herausforderungen – ich habe einige Beispiele genannt, meine Vorrednerin auch – zu stellen, den neuen Herausforderungen in der Gesundheitsberatung, in der Finanzberatung, auch unter demografischen Gesichtspunkten und im Umgang mit modernen Medien. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Markert. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen; denn Zukunft kann man bauen.“

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Antoine de Saint-Exupéry!)

– Antoine de Saint-Exupéry, ruft mir die Schulministerin zu. Ich bestätige, Frau Ministerin Löhrmann, genau das ist es.

(Beifall von Rainer Deppe [CDU])

Meine Damen und Herren, an diesen Satz von Antoine de Saint-Exupéry, dass man Zukunft bauen kann, haben wir uns in allen Fraktionen dieses Hauses offensichtlich erinnert. Denn es ist gut, an dieser Stelle noch einmal auf den einstimmigen Beschluss dieses Hauses im Hinblick auf die Finanzierung der Verbraucherzentralen hinzuweisen. Das zeigt den Konsens, der bei diesem Thema vorliegt, im Übrigen, lieber Kollege Markert, nicht nur hier, sondern auch in den vielen Städten und Gemeinden, die auch darum ringen, ihre Eigenanteile aufzubringen.

Meine Damen und Herren, deswegen war es richtig und wichtig, dass dieser Antrag von Union und FDP auch hier mit allen Stimmen des Hauses getragen wurde. Mit diesem Geld kann jetzt die Verbraucherzentrale gut arbeiten. Wir können und müssen die Arbeit auch weiter verstetigen, weil wir den Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung auch in den Blick nehmen müssen. Ich habe bereits im Februar im Rahmen einer Kleinen Anfrage die Landesregierung gebeten, hierzu Stellung zu beziehen. Nach

der Geschäftsverteilung ist, wie ich hörte, die Ministerin Schäfer hierfür zuständig. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage hieß es, die Regierung strebe die Einrichtung eines Bankfonds an, in dem analog zum vorhandenen Sparkassenfonds private Banken einen Beitrag zur Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung leisten. Konkrete Gespräche hatte es noch nicht gegeben. Ich habe jetzt, Herr Kollege Stinka, mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie für die SPD-Fraktion sich dieses Themas angenommen haben und die Finanzmittel für diesen Bereich um eine halbe Million Euro anheben möchten.

Ich erkenne aber einen gewissen Widerspruch zwischen der Regierung und den sie tragenden Fraktionen. Anstatt Gespräche analog zu den öffentlichen Kreditinstituten jetzt mit den Privaten aufzunehmen, werden sofort 500.000 € aus dem Haushalt lockergemacht bzw. sollen lockergemacht werden. Hätten wir das beantragt, hätte es wahrscheinlich geheißen, und zwar zu Recht: Wo ist die Gegenfinanzierung? Warum sprechen wir nicht mal mit den privaten Banken? – Ich bin gespannt auf die weiteren Debatten gerade zu diesem Punkt. Offensichtlich gehen Sie hier den Weg des geringeren Widerstandes. Das halte ich, jedenfalls aus meiner Sicht, nicht für die beste Lösung, und das passt auch nicht zu den von Rot und Grün in Berlin stets gehaltenen Reden, die private Finanzwirtschaft stärker an den Kosten zu beteiligen angesichts der Krise, über die wir an der Stelle auch schon oft gesprochen haben.

Meine Damen und Herren, Verbraucherschutz ist aber noch viel mehr. Kollege Markert, Kollege Deppe und Frau Ruhkemper haben es gesagt: Wir müssen in Zukunft viel stärker die Themen Verbraucherschutz und Internet, Verbraucherschutz und Energie, Verbraucherschutz und Gesundheit, Verbraucherschutz und Ernährung im Blick haben. Deswegen brauchen wir ein integriertes Gesamtkonzept für eine zukunftsweisende, auch wissenschaftlich fundierte Forschung im Bereich des Verbraucherschutzes. Verbraucherschutzrelevante Themen sind zwar in vielen Fakultäten unserer Hochschulen Querschnittsthemen, aber wir sollten daran denken, die vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Verbraucherforschung stärker zu bündeln, das auch länderübergreifend zu machen und dabei die guten Kontakte, die unsere nordrhein-westfälischen Hochschulen und Akteure in diesem Bereich zweifellos haben, auch zu nutzen.

Meine Damen und Herren, das Thema Lebensmittelkontrolle ist auch angesprochen worden. Lassen Sie mich auf das Thema Lebensmittelkontrollen in aller Kürze eingehen, die notwendig sind, wenn wir Verbraucherschutz und Ernährung und Verbraucherschutz und Gesundheit ernst nehmen. Man kann sicherlich geteilter Meinung sein, ob die Aufstockung des Haushaltstitels zur Finanzierung in diesem Bereich allein hinreichend ist, weil wir alle ein Problem kennen, nämlich die Schwierigkeit, zu-

sätzliche Lebensmittelkontrolleure zu finden und auszubilden. Aber grundsätzlich teilen wir natürlich das Ziel, die Politik der Vorgängerregierung an dieser Stelle auch akzentuiert fortzusetzen. Ich freue mich sehr, dass bei vielem Dissens in allen möglichen Themen dieses Hauses der Verbraucherschutz doch weitestgehend einvernehmlich diskutiert und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger geregelt wird. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Abrusatzat. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Verbraucherschutz ist eine ganz vordringliche Aufgabe der Politik. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind immer wieder und immer wieder neu Opfer der Lebensmittelindustrie. Sie werden dazu gebracht, Produkte zu kaufen und zu verbrauchen, die ihrer Gesundheit und ihrem Wohlbefinden nicht zuträglich sind.

Wenn die Umweltüberwachung und der Verbraucherschutz verstärkt werden, dann sind wir Linken damit absolut einverstanden. Die Frage ist aber nicht, ob einiges besser gemacht wird. Die Frage ist, ob wirklich alles dafür getan wird, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Das wird aber eben nicht getan. Wir brauchen in Wirklichkeit zum Beispiel eine bessere und effizientere Lebensmittelkontrolle. Die Politik darf nicht so tun, als hätten normale Menschen, gerade Menschen mit stressigem Alltag und geringem Einkommen, die Möglichkeit, sich vor jedem Einkauf umfassend zum Beispiel bei der Stiftung Warentest zu informieren und Kleingedrucktes zu lesen. Das ist ein völlig falsches Bild von der Alltagsrealität der Menschen hier im Lande, meine Damen und Herren.

Im real existierenden Alltag brauchen diese Menschen deutlich sichtbare und ins Auge fallende Kennzeichnungen, sowohl in den Supermärkten als auch in der Gastronomie. Bei den Gasstätten und Lokalen warten wir schon seit längerer Zeit auf die geeigneten Piktogramme. Das wäre für die Kundinnen und Kunden eine große Hilfe. Dasselbe gilt für die Kennzeichnung von Lebensmitteln mit einer Ampel. In vielen Ländern ist das bereits üblich. Wieso nicht bei uns im Lande? Wir erwarten von der Landesregierung eine entsprechende Initiative im Bundesrat.

(Zustimmung von Bärbel Beuermann [LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Skandale aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie schlecht es mit der Umweltüberwachung in Nordrhein-Westfalen immer noch bestellt ist. Denken Sie zum Beispiel an

PCB im Dortmunder Hafen. Was fehlt? – Es fehlt offensichtlich an entsprechend ausgebildetem Personal. SPD und Grüne tun in dieser Hinsicht sehr viel weniger als eine wirklich linke Regierung tun würde oder tun müsste. Wenn man sich den Einzelplan 10 insgesamt anschaut, so stellt man fest, der Sparzwang stand Pate. SPD und Grüne weichen vor dem Druck der neoliberalen Schreihälse zurück, die die Haushaltskonsolidierung zum heiligen Kalb machen, um das alle herumtanzen sollen, nur bleiben die Interessen der Menschen dabei auf der Strecke.

Ich wiederhole: Bei diesem Haushaltsplan stand der angebliche Sparzwang Pate. Das kann man zum Beispiel daran sehen, dass die Gesamtzahl der Stellen trotz Mehrausgaben in Höhe von 1 Million € und trotz 100 neuer Planstellen um 67 zurückgegangen ist. Dieser Verlust von Stellen in der Gesamtbilanz, so gibt man uns zu verstehen, ergebe sich nicht aus Entlassungen. Sie sagen es selbst.

Machen Sie den Menschen im Lande nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie sagen, es handele sich vielmehr um Verschiebungen in andere Bereiche und um Abgänge. Das ist doch Personalabbau, liebe Freundinnen und Freunde von SPD und Grünen, und zwar in einem Bereich, in dem die verantwortungsbewusste Erfüllung der öffentlichen Aufgaben – das gilt nicht zuletzt für den Verbraucherschutz – die Ausbildung und Einstellung von sehr viel mehr Personal erfordern würde.

(Beifall von der LINKEN)

Sie werden verstehen, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dass wir Linken eine solche Politik nicht billigen können. Kleine Schritte in die richtige Richtung führen nicht zum Ziel, wenn diese Schritte zu klein sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Akbayir. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In letzter Zeit und gerade in der Haushaltsdebatte reden wir zu Recht sehr viel über die Frage, ob die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt. Wenn wir über Verbraucherschutz reden, müssen wir auch über die Frage diskutieren, ob die Gewichte in der Wirtschaft und am Markt stimmen.

Ich bin dankbar, dass alle Fraktionen des Hauses als Ziel von Verbraucherschutz formuliert haben, eine gleiche Augenhöhe herzustellen: nämlich ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern einerseits und

den Anbietern andererseits. Da haben wir noch viel zu tun. Dass wir vermeintlich meinen, die Rechte, die wir in den letzten Jahren erstritten haben – und Verbraucherrechte sind Menschenrechte –, reichen aus, greift zu kurz. Denn die Marktentwicklung schreitet an vielen Stellen voran. Teilweise holt sie uns sogar ein oder überholt uns. Das ist oft genauso wie beim Doping, wo die neuen Kontrollmethoden nicht ausreichen, wenn man sieht, welche weiteren Entwicklungen zur Umgehung dieser Methoden stattfinden.

Für den Bereich der Ernährung nenne ich nur die Entwicklung von Analogkäse. Ich muss gar nicht von Gentechnik reden. Ich nenne nur Analogkäse und Klebefleisch. Neuerdings wird sogar darüber nachgedacht, Fleischprodukte aus Mehlwürmern zu gewinnen. Es geht auch um die Frage der Stoffe und Inhalte in unseren Produkten, Energiepreise und den Energiemarkt, Telefonabzocke, Fragen des Finanzmarktes und neuer Produkte, die – wie zum Beispiel Beratungsleistungen – angeboten werden, aber viele Kundinnen und Kunden überfordern.

Aufseiten des Verbraucherschutzes ist also ständige Innovation gefragt. Dazu bedarf es eines starken Partners an der Seite der Verbraucherinnen und Verbraucher. Deshalb ist es gut und richtig, dass es politisch eine breite Unterstützung der Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen gibt, weil das die stärkste Form der Unterstützung und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist.

Insofern geht es um die Herstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, zumindest den Versuch und die Annäherung an dieser Stelle, das präventiv zu leisten. Das erstreckt sich auch auf die Schuldner- und Insolvenzberatung. Ich bin dankbar, dass die Fraktionen die Initiative ergriffen haben, um durch eine weitere Aufstockung die Perspektive gerade dieses wichtigen Bereichs der Schuldner- und Insolvenzberatung mit zusätzlichen 500.000 € abzusichern.

In Richtung Opposition frage ich aber: Wie lange sind Sie dabei und gehen diesen Konsens mit? Es wird nämlich nicht ausreichen, nur zu sagen und Anträge zu schreiben, die Verbraucherzentrale möge entsprechend unterstützt werden. Wir haben die Vereinbarung auf den Weg gebracht, die aber erst dann wirksam wird, wenn der Haushalt tatsächlich beschlossen worden ist.

Deshalb lade ich Sie an dieser Stelle ausdrücklich dazu ein, auch aufgrund dieser Vorgeschichte den Beschluss des Haushaltes zumindest an dieser Stelle zu unterstützen und dann auch dafür Sorge zu tragen, dass der Haushalt wirksam werden kann. Denn auch das ist eine Voraussetzung. Man kann nämlich den Konsens bei der Verbraucherzentrale nicht auf der einen Seite beschwören, auf der anderen Seite aber dazu beitragen, dass das, was vertraglich beabsichtigt ist, möglicherweise nicht zustande kommen kann. An der Stelle haben Sie eine

Verantwortung, die Sie bitte schön durchtragen mögen.

Herr Deppe, ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Verbraucherschutzpolitik über Nordrhein-Westfalen hinaus seit Juli 2009 ihre Wirkungen entfaltet hat. Mindestens zehn Punkte der 14 Punkte im Zusammenhang mit dem Dioxin-Skandal auf Bundesebene stammen aus Nordrhein-Westfalen. Wir haben wesentliche Vorarbeiten geleistet. Nordrhein-Westfalen ist aktiv geworden, soweit es um die Belastung von Kinderspielzeugen mit Schadstoffen geht. Das ist ein sehr wichtiges Thema.

Die EU-Kommission hat aufgrund unserer Initiative verschiedene Änderungen an ihrer Richtlinie gemacht, die zugegebenermaßen noch nicht ausreichen. Aber unsere Initiative hat dazu beigetragen, dass wir dort einen Schritt vorangekommen sind.

Nordrhein-Westfalen hat die Initiative zu einer bundeseinheitlichen Lösung für das Smiley-System ergriffen. Das betrifft einen Kontroll-TÜV in Restaurants. Wir stehen kurz vor einer Lösung. Ich hoffe, Sie unterstützen uns.

Nordrhein-Westfalen hat eine entsprechende Initiative im Bundesrat eingebracht – die mittlerweile von allen Bundesländern unterstützt wird –, die Telefonabzocke durch eine Vertragslösung wirklich zu unterbinden.

Ich bin der Meinung, dass die Verbraucherschutzpolitik auch über die Wirkungen im Land hinaus in den letzten neun Monaten auch auf Bundesebene sehr erfolgreich agiert hat.

Ich will einen weiteren Punkt nennen, der in der Debatte zu kurz gekommen ist, aber zunehmend an Bedeutung gewinnen wird: Wenn wir über Verbraucherschutzpolitik und Veterinärpolitik diskutieren, steht zukünftig auch der Tierschutz im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Es ist das erste Mal, sehr geehrter Herr Kollege, dass wir im Haushalt auch eine Position zur Unterstützung der Tierheime im Land Nordrhein-Westfalen haben. Der zur Verfügung stehende Betrag ist noch bescheiden, aber andere Bundesländer haben uns den Weg gezeigt. Wir wollen den Tierschutz und damit gerade die Tierheime, die ehrenamtliche Arbeit des Tierschutzes, unterstützen, fördern. Wenn Sie die Tierheime besichtigen, werden Sie eine oft jämmerliche Situation vorfinden. Dort wird viel geleistet. Aber man kann oft nicht alles erfüllen, was dort an Anforderungen kommt. Deshalb ist es wichtig, dass wir erste Signale setzen.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Wir wollen aber noch weiter gehen. Lassen Sie uns konkret über den Tierschutz reden, wenn es darum geht, die Mitgeschöpfe zu schützen: in der Frage der Käfighaltung, der Frage der Amputation von Schwänzen, der Frage der Ferkelkastration, der

Frage der Qualzucht von Puten. Lassen Sie uns hier auch konkret gemeinsame Schritte entwickeln. Ich würde mich freuen, wenn wir das, was Sie beim Verbraucherschutz gemeinsam formulieren, auch im Tierschutz zusammen fortsetzen könnten. Ich lade Sie jedenfalls im Namen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen herzlich dazu ein, auch diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung bei dieser Runde um eine Minute überzogen hat. Ich sehe aber keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Ende dieses Blocks des Einzelplans 10.

Wir kommen jetzt zum

Teilbereich Landwirtschaft

Für die CDU-Fraktion hat Frau Schulze Föcking das Wort.

(Beifall von der CDU – Minister Johannes Remmel: Fanklub in der letzten Reihe!)

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie legen heute Ihren ersten Haushaltsplanentwurf vor und versuchen damit, die Grundlagen für die von Ihnen im Koalitionsvertrag ausgerufenen ökologisch-industrielle Revolution zu schaffen. Sie lassen sich dabei von einigen Leitideen lenken, die Sie seit Jahren verfechten. Aber das Beharren auf einer festen Position ist nicht unbedingt auch der Nachweis für die Richtigkeit der Thesen.

Seit Ihrem Regierungsantritt fordern Sie beispielsweise, den Ökolandbau auszubauen, und stellen verbesserte Förderbedingungen in Aussicht.

Auch wir als CDU fühlen uns der nachhaltigen Landwirtschaft, die Ressourcen schont und nach ethischen Grundsätzen arbeitet, verpflichtet.

(Beifall von der CDU)

Wir wissen, dass unsere Landwirte hervorragende Arbeit leisten und nach den weltweit höchsten Umweltstandards arbeiten. Wir wissen, dass unsere Landwirte hochwertigste Nahrungsmittel erzeugen und sich um den Umwelt- und den Landschaftsschutz verdient machen.

Wir als CDU lassen es Ihnen aber nicht durchgehen, dass Ihre Politik eine fortwährende Diskriminierung großer Teile eines ganzen Berufsstandes darstellt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir als CDU stehen hinter unseren Landwirten.

Meine Damen und Herren von der SPD! „Versöhnen statt spalten“ hat Johannes Rau stets gesagt. Sie aber lassen es zu, dass die Grünen Ihnen das Heft des Handelns aus der Hand reißen und neue Gräben aufgerissen statt eingeebnet werden. Ihre Ministerpräsidentin spricht – wie Sie gerade auch – verwunderlicherweise stets von der Koalition der Einladung. Davon aber können wir im Bereich der Landwirtschaft nicht reden – leider nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wie einladend Ihre Politik ist, haben wir bei dem Umgang mit dem Dioxin-Skandal ganz deutlich gesehen. Diese Landesregierung hat es geschafft, einen ganzen Berufsstand zu beschädigen, obwohl dieser nachweislich Opfer und nicht Täter war. Warum haben Sie nicht schon auf dem Höhepunkt der Dioxin-Affäre Mitte Januar darauf aufmerksam gemacht, dass die mittlere Dioxin-Belastung von Milch und Milcherzeugnissen aus Nordrhein-Westfalen seit 1990 um 75 % abgenommen hat? Warum haben Sie das erst am 21. Februar 2011 getan?

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christina Schulze Föcking (CDU): Nein, danke.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Keine Zwischenfrage.

Christina Schulze Föcking (CDU): In einer Debatte in der letzten Wahlperiode – es ist lange her: am 22. Juni 2006 – wurde uns als CDU vorgeworfen, wir sprächen zu sehr aus der Warte derjenigen, die im ländlichen Raum arbeiten und leben; unsere Politik werde zu sehr von der Fachmaterie bestimmt, um noch einen Blick von außen zu haben. – Dieses Zitat stammt von Ihnen, Herr Remmel. Genau das Gegenteil, nämlich die fehlende Fachlichkeit, werfen wir Ihnen heute vor.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Sie werden der Landwirtschaft Fläche zur Lebensmittelerzeugung entziehen. Sie wollen nämlich einen künstlichen Ausbau der Öko-Landwirtschaft durch spezielle Förderung, wodurch die Erträge verringert werden. Sie wollen regional einen verstärkten Anbau von Futterpflanzen. Sie wollen aber auch mehr Pflanzen für die Energieerzeugung. Zugleich wollen Sie Einfluss auf die Fruchtfolge nehmen. Außerdem setzen Sie sich laut Ihrer eigenen Pressemitteilung in der EU dafür ein, dass jeder Betrieb 10 % seiner Fläche als ökologische Vorrangfläche stilllegen soll.

Das Resultat wird sein, dass der Wettbewerb um die Fläche deutlich härter wird.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Und durch Ihr Handeln, Herr Remmel, wird er verschärft. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das wahr wird, schädigen wir alle unsere Landwirte im nationalen wie im internationalen Wettbewerb. Dabei ist es egal, ob sie konventionell oder biologisch wirtschaften.

Vor allem verabschieden wir uns aus der Solidarität mit denjenigen, die dringend auf unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse angewiesen sind. Auf unserem Planeten leben derzeit 6,9 Milliarden Menschen. Jedes Jahr kommt eine Bevölkerungsmenge von rund 80 Millionen Menschen dazu – ein Mal so viel, wie in Deutschland leben. Wir leben in einer Region, die absolut begünstigt ist. Wir haben gute Böden und eine gute Wasserführung. Warum sollten wir diese Möglichkeiten nicht nutzen?

Wir als CDU haben mit unserem Landschaftsgesetz zum Schutz der natürlichen Vielfalt und zum Artenschutz Maßstäbe gesetzt. Mit diesem Gesetz haben wir es geschafft, einen fairen Ausgleich von ökologischen und ökonomischen Interessen zu erreichen. Genau dieser Ansatz unterscheidet Ihren Vorgänger von Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben Landwirtschaftspolitik mit Augenmaß betrieben und uns für einen Ausgleich der Interessen eingesetzt – etwas, was Ihnen vollkommen fremd zu sein scheint. Herr Minister, es ist gut, wenn man im Leben Prinzipien hat. Man sollte aber hin und wieder überprüfen, ob diese Prinzipien und Ziele die richtigen sind.

Abschließend sei der Hinweis erlaubt, dass diejenigen, die eine Revolution ausrufen, selten diejenigen sind, die sich auf Dauer durchsetzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze Föcking. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schulze Föcking, Sie haben eben davon gesprochen, dass Sie nicht spalten wollen. Ich habe Ihnen das hier an dieser Stelle schon einmal gesagt: Sie wollen spalten.

(Ministerin Barbara Steffens: Ja!)

Sie wollen spalten, damit Sie in Ihrem Klientel punkten können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nur so ist auch Ihr Auftritt hier zu erklären. Sie wollen spalten, und Sie wollen in Ihrem Bereich emotionalisieren, weil Ihnen bei der letzten Landtagswahl die Landwirte in Scharen weggelaufen sind und andere Parteien gewählt haben. Das ist der Grund für Ihren Auftritt hier, Frau Schulze Föcking, und nichts anderes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Sache kommen. Die Landwirtschaft ist ein prägender und akzeptierter Teil des ländlichen Raums. Nur – das wurde auch durch den Auftritt gerade deutlich –, Sie gefährden diesen Status. Denn das Bild, das die Landwirtschaft in diesem Land hat, ist das einer bäuerlichen Landwirtschaft, die mit der Region Hand in Hand geht. Wir sehen – und das sehen Sie doch auch – die Gefahr einer zunehmenden Industrialisierung in diesem Bereich. Wie sonst ist es zu erklären, dass die Landräte in stark landwirtschaftlich geprägten Regionen wie dem Emsland, in Vechta, in Oldenburg die Landräte sagen: „Wir wollen keine Großmastanlagen mehr; wir fahren an der Stelle zurück!“? Wieso ist diese Erkenntnis bei den Leuten in Niedersachsen vorhanden, und Sie haben hier so einen Auftritt? Das ist für mich, ehrlich gesagt, nicht verständlich.

Was machen wir nun in Nordrhein-Westfalen? Im Programm Ländlicher Raum werden wir die Förderkonzeption ändern. Wir werden uns darum kümmern, dass regionale Absatzwege gestärkt werden, um wieder Wertschöpfung in der Region zu haben. Wir wollen dafür sorgen, dass Wertschöpfung in der Region stattfindet, damit sich die Leute wieder stärker mit der Landwirtschaft vor Ort identifizieren können. Das ist unser Ziel.

Meine Damen und Herren, wir sind fest davon überzeugt, dass man nur langfristig eine gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft erhalten kann, wenn sie umweltgerecht ist, wenn sie tiergerecht ist, wenn sie gentechnikfrei ist und wenn sie den Klimaschutz ernst nimmt. Nur so wird sie in der Region langfristig akzeptiert werden. Nur so wird auch der Einsatz öffentlicher Mittel langfristig zu rechtfertigen sein.

Wir wissen alle, riesige Summen an Finanzmitteln fließen auch heute noch in die Landwirtschaft. Wir werden die Akzeptanz für diesen Mittelfluss nur dann erhalten können, wenn die Bevölkerung hinter der Landwirtschaft steht, wie sie ist. Die Menschen wollen wissen, was mit dem Geld passiert, und sie wollen eine bäuerliche Landwirtschaft, die in der Region verankert ist, betrieben von Menschen, die in der Region wohnen, leben und dort ihr Geld verdienen und ausgeben. Sie wollen eben nicht eine industrielle, anonyme Produktion.

Das wollen die Menschen nicht, und das wollen auch wir nicht. Deswegen gehen wir den Weg, den

der Minister vorgezeichnet hat, weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sundermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Meinen Zettel muss ich jetzt etwas umstellen. Frau Schulze Föcking, ich war schlichtweg entsetzt von dem, was Sie hier gerade vorgetragen haben.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Och!)

Ich finde es unglaublich, dass Sie vom Aufreißen von Gräben reden, wenn Sie so eine Rede halten, wie Sie es gerade getan haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Ich sage Ihnen nur eines – ich werde gleich fünf Jahre zurückschauen –: Wenn unser Minister so vorgegangen wäre, wie Sie es vor fünf Jahren gemacht haben, sähe der Haushalt ganz anders aus. Ich glaube, dass sich dieser Minister als verlässlicher Partner der Landwirtschaft erwiesen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Rede war in der Hinsicht vollkommen am Thema vorbei.

Ich will mal kurz daran erinnern: Vor gut fünf Jahren, als Sie hier die Regierung, das Ministerium übernommen haben, begann bei vielen Akteuren im Umweltbereich das große Knieschlottern. Sie haben einzelnen Bereichen ganz massiv Gelder entzogen. Ich erinnere – ich weiß das gut, ich habe im Kreistag gegessen – an die Förderung Biologischer Stationen. Wir haben mit unserem Landrat, der von der CDU ist, überlegt „Wie können wir die Biologische Station erhalten?“, weil es die Gelder von der Landesebene nicht mehr gab.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich erinnere auch daran – ich bin auch Ökobauer, das habe ich ebenfalls zu spüren bekommen –, wie Sie vor fünf Jahren mit dem Ökolandbau umgegangen sind. Sie haben unglaublich gekürzt und in diesen fünf Jahren beim Ökolandbau vollkommen konttraproduktiv auf die Bremse getreten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben es nicht geschafft, die Produktion in NRW anzukurbeln. Was haben wir denn in den Länden in NRW? Wo kommen denn die Ökoprodukte her? Aus Österreich – ja, da gibt es eine vernünftige Förderung –, aus Frankreich, aber sie kommen nicht aus NRW. Das ist ein Trauerspiel. Sie hätten

sich fünf Jahre lang bemühen sollen, diese wachsende Nachfrage zu bedienen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Die allerschlimmsten Auswüchse Ihrer Umweltpolitik – das hat Kollege Markert eben schon gesagt – wurden schon korrigiert und werden weiter im Einzelplan 10 korrigiert.

Ausdrücklich will ich die personelle Situation in der Umweltverwaltung und in der Forstverwaltung nennen.

(Zuruf von der FDP: Dummes Zeug!)

Gerade im Bereich Holznutzung will die Landesregierung durch eine höhere Förderung eine verstärkte und nachhaltige Mobilisierung des Rohstoffs Holz erreichen. Wenn wir Ihre Kürzungsvorschläge, wo wir kürzen sollen, ernst nehmen würden, müssten wir auch bei der Holzmobilisierung den Rotstift ansetzen. Ich verstehe das nicht. Es müsste doch auch in Ihrem Interesse sein, dass wir dazu kommen, mehr Holz nachhaltig zu nutzen.

(Zuruf von Friedhelm Ortgies [CDU])

– Ja, das widerspricht sich auch nicht unbedingt.

Zurück zur Landwirtschaft: Wenn Sie heute Agrarförderung betreiben und sie gesellschaftlich rechtfertigen wollen – darum geht es ja –, müssen Sie sich auch die gesellschaftlichen Anforderungen anschauen. Wenn Sie Ende Januar auf der großen Demonstration in Berlin gewesen wären, wo 20.000 Menschen für eine bäuerliche Landwirtschaft gestritten haben, wüssten Sie, was man fördern muss, dass man eine regional angepasste, eine bäuerliche Landwirtschaft braucht.

Deshalb ist es genau richtig, dass unser Minister den Schwerpunkt an der Stelle auf die Weiterentwicklung der Qualitätsmarke NRW legt. Statt Exportförderung und Weltmarktorientierung, die Sie immer propagiert haben, stehen jetzt regionale Märkte, regionale Wertschöpfungsketten und eine bäuerliche Landwirtschaft im Vordergrund. Dafür sind im Haushalt 1 Million € zusätzlich eingestellt – aus unserer Sicht gut investiertes Geld.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu Agrarumweltmaßnahmen: Sie haben zugehört, wie im Münsterland immer mehr Mais angebaut worden ist, noch mehr Mais, noch mehr Mais. Wir versuchen jetzt, das langsam zu korrigieren. Dem Minister liegt der Anbau von Eiweißpflanzen am Herzen; das hat er immer wieder betont. Deshalb wird auch hier etwas Geld in die Hände genommen, damit wir wieder Pflanzen wie Ackerbohnen, Lupinen, Erbsen, Klee gras in der Landwirtschaft sehen und nicht nur Mais. Die älteren Bauern kennen Klee gras noch. Die Jüngeren, glaube ich, wissen gar nicht mehr, wie Klee gras aussieht – geschweige denn, wie Ackerbohnen aussehen.

Wenn wir so vielfältige Fruchtfolgen fördern, entsprechen wir genau dem Wunsch der Menschen in NRW, vielfältige Kulturlandschaften erleben zu dürfen und nicht nur noch Agrarsteppe zu sehen, auf der einige wenige Großbetriebe Tausende von Mastschweinen oder Hunderttausende von Masthähnchen halten.

Wir machen jetzt gezielt den Bäuerinnen und Bauern Angebote über AFP-Mittel, sodass sie gezielt in eine bäuerliche, in eine artgerechte Tierhaltung einsteigen können. „Gezielt“ ist an der Stelle auch ein wichtiges Wort, weil die Mittel von Bundeseite deutlich gekürzt worden sind. Das will ich an der Stelle sagen: Die Bundesregierung ist im Gegensatz zu dieser Landesregierung kein verlässlicher Partner einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Verlässlich zu sein – lassen Sie mich dies am Ende noch sagen – bedeutet allerdings auch – leider ist Herr Sagel, mein Kollege aus dem Münsterland, nicht da –, dass man nicht im Rahmen von Haushaltsberatungen einfach so nebenbei das Landgestüt in Warendorf infrage stellt. Ich denke nicht, dass das der richtige Weg ist, mit einer so wichtigen Einrichtung für die westfälische Pferdehaltung und die Pferdehaltung in ganz NRW umzugehen.

Mein Fazit ist: Der Einzelplan 10 ist rundum positiv zu sehen. Die Landesregierung zeigt klar auf, wie man agrarpolitisch zeitgemäße Impulse setzen kann und wie man Agrarförderung so gestaltet, dass wir sie dem Bürger vermitteln und vor diesem rechtfertigen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der beste Garant für gute Lebensmittel sind unsere Landwirte in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Und unsere Landwirte brauchen eine Gesellschaft, die diese herausragende Leistung der Landwirtschaft auch wertschätzt, die ihnen die Einhaltung hoher Qualitätsstandards ermöglicht, und zwar durch eine faire Preisgestaltung, aber auch durch Absicherung gegen Schäden, die sie nicht selbst verursacht hat.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Norwich Rüsse [GRÜNE])

Wir stehen als Freie Demokraten, genau wie die Kollegin Schulze Föcking es eben völlig zu Recht ausgeführt hat, so wie die Union an der Seite der Landwirte in Nordrhein-Westfalen. Denn die Zukunft des ländlichen Raums geht nur dann gut, wenn wir

auch die Zukunft der bäuerlichen Selbstverwaltung garantieren. Die Landwirte haben unser aller Wertschätzung verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Unsere Landwirte präsentieren sich als ökologisch bewusste, verbraucherorientierte und auch regional stark verankerte Nahrungsmittelproduzenten.

Verehrter Herr Kollege Rüste, wenn Sie die Themen „Öko“ und „Bio“ angesprochen haben, dann hätten Sie einmal der Großstadtministerin Frau Künast an der Stelle etwas Nachhilfeunterricht geben sollen, als sie mit dem Biosiegel den Biolandwirten die Arbeit erschwert hat. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau! – Widerspruch von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Sicherung von Arbeitsplätzen, der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt unserer Kulturlandschaft und unserer Naturvielfalt – das alles sind Gesichtspunkte, die wir bei der Landwirtschaftspolitik an den Anfang stellen. Unsere Landwirte brauchen keine Politiker, die ihnen Vorschriften machen, wie sie zu arbeiten haben, wie viel Zeit sie zum Beispiel mit ihren Tieren verbringen müssen. Wertschätzung von Landwirtschaft bedeutet, Vertrauen in die Akteure zu entwickeln

(Beifall von der FDP und von der CDU)

und nicht unterschiedliche Produktionsarten gegeneinander auszuspielen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sehr richtig!)

Wir teilen auch ausdrücklich nicht die Schlussfolgerung, dass der Futtermittelskandal zur Jahreswende eine Folge konventioneller Lebensmittelproduktion gewesen sein soll. Natürlich gab und gibt es auch im Biobereich solche Skandale. Lassen wir also die Verbraucher entscheiden! In einer sozialen Marktwirtschaft sind es die Menschen, die entscheiden und die entscheiden können müssen, was sie essen und was sie kaufen. Darauf stellt sich, Herr Rüste, die Landwirtschaft ein. Das führt dann zu einer Vielfalt des Angebots.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau!)

Genau das brauchen die Menschen in Nordrhein-Westfalen für ihre eigene Lebensqualität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Unsere Landwirte produzieren auch sehr verantwortungsvoll. Wir hatten erhebliche Fortschritte in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen. Ich rede hier von der Tierhaltung, aber auch von den umweltgerechten Produktionsweisen. Daran müssen wir anknüpfen, um diese Ziele auch perspektivisch weiterzuentwickeln, und zwar mit der Landwirtschaft und nicht dagegen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer hat Ihnen denn die Rede geschrieben?)

Mein Eindruck ist, meine Damen und Herren, die Landwirte in Nordrhein-Westfalen sind dazu bereit, auch weitere Verbesserungen zu erreichen. Die von der Landesregierung geplanten Verschärfungen im Regelwerk dürfen aber unserer Landwirtschaft, gerade auch den bäuerlichen Familienbetrieben, eben nicht die Möglichkeit nehmen, zu investieren. Ich denke hier neben Fragen des Baurechts auch an die Vorstellung, Herr Minister Remmel, dass landwirtschaftliche Betriebe 10 % ihrer Flächen als ökologische Vorrangflächen bereitstellen sollen. Das ist schon eine Sorge, die die Menschen umtreibt, ob und inwieweit das der richtige Weg ist.

(Beifall von der FDP)

Wir sollten auch die Zukunftschancen nutzen, die die Gentechnik uns bietet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh, Gott!)

Ich weiß, Herr Rüste, dass sich an dieser Stelle in diesem Hohen Haus viele Kollegen selbst Denkverbote auferlegen. Der Eindruck, der vermittelt wird, Gentechnik sei bei uns im Leben nicht angekommen, ist natürlich völlig falsch. Gentechnikfreie Zonen sind Scheinwelten. Richtig ist: Wir brauchen hier mehr Forschung, wir brauchen an der Stelle mehr Sensibilität, aber wir brauchen hier keine Denkverbote. Und wir brauchen mehr Innovation und sollten uns auch über eine einheitliche Positivkennzeichnung für alle Produkte unterhalten.

Die bäuerliche Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen gilt es zu erhalten.

(Beifall von der FDP)

Das, was die Landwirtschaft von uns erwarten kann, sind klare Bekenntnisse. Das, was wir natürlich nicht wollen, sind ideologische Phantasien. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Abruszat. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Linken werden oft gefragt, ob wir denn keine Vorschläge zum Sparen machen. Sie wissen aber sehr wohl, dass wir solche Vorschläge machen, und das gilt auch für den Bereich der Landwirtschaft.

Wir sagen aber gleichzeitig, und das gehört auch zur gründlichen Ehrlichkeit dazu: Wer den Haushalt unter gegenwärtigen Bedingungen schreiender Ungerechtigkeit und struktureller Unterfinanzierung der Länder durch Sparen konsolidieren will,

der spielt entweder mit Luftbuchungen oder der spart unser Land kaputt. Die CDU führt gegenwärtig vor, wie man beides auf einmal macht.

(Unruhe)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe im Plenarsaal und darum, der Abgeordneten zuzuhören.

Hamide Akbayir (LINKE): Immerhin schlagen wir Linken vor, die Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer zu kürzen. Insgesamt erhält die Landwirtschaftskammer etwa 79 Millionen €. Wir möchten gerne wissen, wie Sie das rechtfertigen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien.

(Beifall von der LINKEN)

Der Landwirtschaftskammer ist sehr wohl zuzumuten, weniger an öffentlichen Geldern zu kassieren und sich verstärkt über Beiträge zu finanzieren. Einen kleinen Tipp für die Gestaltung der Beitragsstaffel kann ich gleich mitliefern: Sollen doch die reichsten Mitglieder zur Kasse gebeten werden, die ohnehin am meisten Einfluss haben!

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linken schlagen vor, die Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer um 17 Millionen € zu kürzen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ellerbrock zulassen?

Hamide Akbayir (LINKE): Nein, danke schön. – Sie können daran erkennen, wie sehr wir Linken uns um moderate Forderungen bemühen. Das fällt uns nicht gerade leicht, weil wir wissen, dass sehr viel mehr Geld zur Förderung einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft ausgegeben werden müsste.

Der aktuelle Dioxinskandal setzt eine lange Reihe von Futter- und Nahrungsmittelskandalen fort. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wenden sich Produkten aus ökologischem Anbau zu; immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen artgerecht gehaltene Tiere. Der Umweltschutz, der Schutz des Bodens, des Wassers, der Artenvielfalt, die Klimaziele und der Tierschutz sprechen gegen intensive Landwirtschaft und Massentierhaltung.

(Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen stattdessen den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Dazu gehören fairer Welthandel sowie die Ablehnung der Agro-Gentechnik und

der Perversion von Patenten auf Leben und auf das Erbgut des Lebens. Dazu gehört aber auch eine drastische Erhöhung der Anzahl der Ökounternehmen auf dem Lande und des Anteils der Ökoflächen an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in unserem Lande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und Grünen, wir haben hier in NRW 3.149 Ökobetriebe und 62.880 ha Ökofläche. In Bayern sind es rund 8.600 Ökobetriebe und rund 186.000 ha Ökofläche. Selbst das finden wir Linken bei Weitem nicht ausreichend.

(Beifall von der LINKEN)

Sie sehen aber: Der Nachholbedarf in unserem Lande, in NRW, ist besonders groß. Hier müssen Sie sehr viel mehr investieren. Den Verzicht darauf können wir, die Linken, nur als verantwortungslos bezeichnen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat sind die Debatten hier im Landtag zur Landwirtschaftspolitik insbesondere dann, wenn die Kollegin Schulze Föcking auftritt, immer sehr interessant – weil ich dann hier im Parlament etwas völlig anderes erlebe als in vielen Debatten im Land.

Ich glaube, das hat in der Tat etwas mit Ihren Erwartungen zu tun. Sie hatten erwartet: Da tritt ein Landwirtschaftsminister auf, der im breiten Widerspruch zu den vielen Landwirtinnen und Landwirten im Land steht.

Aber das Gegenteil ist der Fall: Die meisten Termine, die ich im letzten Dreivierteljahr gemacht habe, waren im Bereich der Landwirtschaft, waren Diskussionen mit Interessenvertretern. Das war im Lande. Ich habe in keiner dieser Diskussionen die Aufregung erlebt, die ich hier im Parlament erlebe, wenn Sie ans Rednerpult treten. Insofern bin ich völlig entspannt.

Und ich muss es wie folgt interpretieren: Offensichtlich hatten Sie etwas anderes erwartet. Offensichtlich hatten Sie erwartet, dass es Aufstand im Bauernland gibt. Doch das findet nicht statt. Das sind sehr entspannte Diskussionen. Sie verschanzen sich hier im Landtag in einer Wagenburg – mit Frau Schulze Föcking als Wagenburgkönigin. Draußen im Lande spielt die Diskussion, die Sie hier führen, keinerlei Rolle.

Es geht doch – und daran sind die Menschen, die Bäuerinnen und Bauern sehr interessiert – um folgende Fragen: Wo sind die Perspektiven? Wie geht es weiter? Wie stellen wir uns in Richtung 2013 und in Richtung gemeinsame Agrarpolitik auf? Wo sind die Vorschläge? Woran orientieren wir uns? – Dazu kommt von Ihnen kein einziger Beitrag. Dabei sind das die entscheidenden Zukunftsfragen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Herr Ellerbrock ist wieder mit einer Zwischenfrage da.

(Heiterkeit)

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, wenn Sie hier darstellen, welches gutes Verhältnis Sie zur Landwirtschaft haben, so mag dem eine unterschiedliche Wahrnehmung der Realität zugrunde liegen. Doch wenn dem so ist, könnten Sie dann vielleicht bitte Ihrem Koalitionspartner, der Dame von den Linken, erklären, was eine Agrarverwaltung ist, wofür die im Haushalt verankerten 79 Millionen € ausgegeben werden und dass die Landwirtschaftskammer als staatliche Agrarverwaltung tätig ist? Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar. Das würde die Diskussion hier im Plenum vielleicht etwas vereinfachen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Schönen Dank, Herr Ellerbrock. Das Hühnchen mit der Linken rupfe ich ganz zum Schluss. Das machen wir schön der Reihe nach.

Mir ist die Diskussion mit der CDU-Fraktion an dieser Stelle schon wichtig, weil es um Zukunftsfragen geht: darum, wie wir unsere Landwirtschaftspolitik, unsere Agrarpolitik zukünftig gestalten und welche Rolle die Interessen Nordrhein-Westfalens, die Interessen der Bäuerinnen und Bauern Nordrhein-Westfalens in Brüssel spielen. Darum Sorge ich mich. Haben wir eine Chance, uns dort mit unseren Interessen durchzusetzen? Haben wir eine Chance, Zukunftsperspektiven zu entwickeln – angesichts einer aus meiner Sicht immer dramatischer werdenden Lage am Weltmarkt, die uns zukünftig beeinträchtigen wird?

Wenn wir die letzten Monate und Jahre verfolgen, verzeichnen wir einen steigenden Getreidepreis. Es kommen noch Zahlen hinzu, die nicht von mir stammen und über die Sie sich vielleicht einmal Gedanken machen müssten. Im Weltagrarrapport aus dem Jahr 2008 ist das sehr schön aufgeschrieben.

Wir haben heute weltweit eine landwirtschaftliche Fläche, mit der wir 12 Milliarden Menschen ernähren könnten. Es werden aber noch nicht einmal die 7 Milliarden Menschen satt, die wir derzeit haben. Eine Milliarde Menschen ist von Hunger bedroht oder verhungert. Aber – und das ist das Überraschende dieses Weltagrarrapports – die Empfehlung ist nicht, weiter in eine Industrialisierung der Landwirtschaft einzusteigen, sondern eine dezentrale und ökologische Landwirtschaft zu organisieren, um die zunehmende Weltbevölkerung tatsächlich ernähren zu können.

Eine zweite Zahl muss wirklich erschrecken. Nur 47 % der Getreideproduktion wird tatsächlich direkt konsumiert. Der Rest wird für Futtermittel verwendet. Diese Art und Weise, in der wir Landwirtschaft betreiben, wird nicht dauerhaft zukunftsfähig sein. Deshalb ist es, wenn es um Zukunftsperspektiven geht, wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir möglichst unabhängig von solchen Entwicklungen werden, um in unserem Lande möglichst dauerhaft eine Ernährungssouveränität zu haben.

Dazu spielt die europäische Agrarpolitik 2013 eine Rolle. Stehen wir dazu? – Dazu sagen Sie kein Wort. Öffentliches Geld für öffentliche Güter: Was heißt das konkret? Für welchen Bereich wollen wir öffentliche Mittel verwenden? – Dazu kommt von Ihrer Seite kein einziger Vorschlag. Sie wollen alles so lassen, wie es ist. Das wird dazu führen, dass Nordrhein-Westfalen, dass die Bundesrepublik in dieser Debatte keine Rolle spielt. Wir haben einen Vorschlag gemacht. Das muss nicht der einzige Vorschlag bleiben. Sie können auch einen Vorschlag machen, damit wir in eine Diskussion kommen. Ohne Vorschlag in die Debatte zu gehen heißt aufzugeben, in der Debatte keine Rolle zu spielen und es anderen zu überlassen, wie die künftige Agrarpolitik gestaltet wird. Das ist nicht die Haltung der Landesregierung. Dem würde ich entschieden widersprechen.

Frau Schulze Föcking, Sie haben einen wichtigen Punkt in die Debatte gebracht: die Frage des Flächenverbrauchs. Ja, das ist in der Tat ein Thema. Es gibt zunehmende Ansprüche an die Fläche, was Klimaschutz und Energie angeht, was Artenvielfalt angeht. Wenn wir Artenvielfalt wollen, brauchen wir mehr Fläche. Wenn wir ein weiteres Standbein in der Landschaft und bei der Energieversorgung haben wollen, brauchen wir mehr Fläche. Wenn wir ökologische Landwirtschaft mehr fördern wollen, brauchen wir mehr Fläche.

In den letzten 20 Jahren waren 95 % der verlorengegangenen Flächen in der Tat landwirtschaftliche Flächen. Dann frage ich mich: Wo sind Sie, wenn es darum geht, das eine oder andere Gewerbegebiet infrage zu stellen? Dann frage ich mich: Wo sind Sie, wenn es darum geht, 40 Jahre alte Straßenplanungen vielleicht doch mal auf die Tagesordnung zu setzen und sich zu fragen, ob diese noch nötig sind? Dann frage ich mich: Wo sind Sie, wenn es darum geht, den fünften oder sechsten Discounter vor Ort auszuweisen, der auch immer den Tod des Metzgers und des Bäckers um die Ecke bedeutet? Dann frage ich mich: Wo sind Sie, wenn es darum geht, auch das eine oder andere Wohnbaugebiet infrage zu stellen, das aufgrund des demografischen Wandels vielleicht nicht mehr nötig ist. Dann frage ich mich: Wo sind Sie, wenn es um die Altlastensanierung geht?

Also: Wir brauchen eine konzertierte Aktion für den Flächenschutz. Das heißt konkret, in den Widerspruch zu gehen. Wir brauchen tatsächlich eine breite Allianz für die Fläche, weil landwirtschaftliche Fläche geschützt werden muss.

Zum Schluss ist in der Tat die Frage nach der Landwirtschaftskammer zu stellen. Ja, es gibt Verträge. Wir halten uns an Verträge, Frau Akbayir. Schauen Sie sich das einmal näher an. Es gibt eine vertragliche Gestaltung, die in diesem Jahr zusammen mit der Landwirtschaftskammer evaluiert wird. Deshalb ist es überhaupt nicht möglich, an der Stelle Gelder zu kürzen. Wir jedenfalls sind verlässlich. Wir halten Verträge. Wir werden uns auch an diesen Verabredungen orientieren.

Im Übrigen würde Ihr Kürzungsvorschlag zum Landgestüt unweigerlich betriebsbedingte Kündigungen zur Folge haben. Ich frage mich, wie sich das mit Ihren sonstigen Ausführungen verträgt, wenn Sie sagen, wir bräuchten mehr Personal. Das ist nicht kohärent. Dieser Vorschlag geht völlig an der Sache vorbei.

Wir setzen uns im Übrigen dafür ein – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen –, zukünftig neue Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum zu fördern. Die Landesregierung unterstützt Entwicklungen zu einem Cluster „Wald und Holz“. 240.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hängen davon ab. Hier bestehen gerade im ländlichen Raum Perspektiven. Das ist in den letzten fünf Jahren sträflich vernachlässigt worden. Wir werden hier einen neuen, einen engagierteren Weg gehen. Ich hoffe auch auf Ihre Unterstützung. Vielleicht kommen Sie raus aus der Wagenburg. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 2:24 Minuten überzogen. Die Fraktionen könnten also noch Redezeit für sich in An-

spruch nehmen. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung des Teilbereichs Landwirtschaft zum Einzelplan 10 abgeschlossen.

Wir kommen zum

Teilbereich Klimaschutz

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Golland das Wort.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rimmel, kommen wir jetzt zum Lieblingsthema Ihrer Partei, dem Klimaschutz, dem Sie ja alles unterordnen wollen!

Klimaschutz ist aber nicht nur für Sie ein wichtiges Thema, sondern auch für uns. Das Ziel und Streben der CDU ist es, unser Klima nachhaltig zu schützen und negative Auswirkungen auf das Klima zu vermindern. Ich denke, darin sind wir uns einig.

Im Gegensatz zu vielen anderen verfolgen wir dieses Ziel mit Augenmaß und Rationalität. Wir fordern keine unrealistischen Ausstiegsszenarien aus der Kern- und Kohleenergie. Wir sagen nicht immer nur, wogegen wir sind, sondern vor allen Dingen wofür.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir brauchen keine Ausstiegshysterie, sondern ein tragfähiges Einstiegsszenario in erneuerbare Energien.

(Zuruf von der SPD)

– Hören Sie gut zu! – Erneuerbare Energien reduzieren CO₂. Das ist eine Tatsache. Auch wir wollen erneuerbare Energien. Wir wissen aber, dass dies nicht sofort geht und vor allen Dingen nicht zum Nulltarif.

Eine neue Energiepolitik kostet nicht nur enorme Summen für notwendige Investitionen – manche sprechen sogar davon, dass die Energiewende etwa die Kosten der deutschen Einheit, also mehr als 1,5 Billionen €, verursachen wird –, Energiepolitik muss vor allen Dingen auch konkretes Handeln vor Ort bedeuten. Das heißt, wir bekommen mehr Windkraft, wir bekommen mehr Pumpspeicherkraftwerke, wir bekommen mehr Biogasanlagen und vor allen Dingen besonders viele Energieleitungen. Und das müssen wir den Menschen auch mal ehrlich sagen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir müssen die Menschen mitnehmen auf dem Weg in ein Zeitalter sauberer, sicherer und bezahlbarer Energieversorgung zum Nutzen des Klimas.

Das wird auch vor Ort zu Konflikten führen. Darauf müssen wir Antworten finden.

Es kann nicht sein, dass manche Parteien in Deutschland vehement für erneuerbare Energien eintreten, aber dann, wenn es konkret wird, Bürgerinitiativen unterstützen, die zum Beispiel gegen Windkraftanlagen oder Energienetze in den Kommunen vor Ort zu Felde ziehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP –
Günter Garbrecht [SPD]: Das ist die CDU!)

Das ist unglaublich. Und wie unglaublich Ihre Energiepolitik ist, das zeigt folgendes Beispiel: Ich war schon sehr erstaunt, dass sich die Grünen ausgerechnet in der Frage des Klimaschutzes von den Linken die Butter vom Brot haben nehmen lassen. Warum stellen eigentlich nicht Sie den Antrag, den Landtag auf Ökostrom umzustellen, Herr Remmel?

(Beifall von der CDU)

Gut, das passt ins Bild: viel reden, wenig handeln. Ebenso ins Bild passt das Desaster mit den Brennelementekugeln: Da wollte man doch allzu fleißig die allgemeine Stimmung ausnutzen und die Menschen mit einem wichtigen Thema verunsichern. Gut, dass wenigstens unser Bundesumweltminister, Dr. Norbert Röttgen, aufgepasst und die Minderheitsregierung in dieser Frage zum Nachzählen verdonnert hat.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir nun zu den Fakten der Klimapolitik. Deutschland hat sich beim Klimaschutz große Ziele gesetzt; wir sind Vorreiter. Die grün-rote Minderheitsregierung will noch eins draufsetzen: Sie plant ein regionales Klimaschutzgesetz – so, als wenn klimabeeinflussende Faktoren an den Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens haltmachen würden. Dafür werden Sie zu Recht von engen Freunden der Sozialdemokraten kritisiert. Ich zitiere: „Gute Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen dürfen nicht dadurch in Gefahr kommen, dass Klimaschutzziele zu Wettbewerbsnachteilen werden.“ Das sagt der NRW-Chef der IG Metall, Oliver Burkhard.

Was macht der Koalitionspartner, die SPD? – Der Arbeitsminister scheint untergetaucht zu sein; als ehemaliger DGB-Chef hat er mit Sicherheit eine Meinung dazu, sagt sie aber nicht. Der SPD-Wirtschaftsminister, eh selten anzutreffen, scheint von den Deindustrialisierungsplänen Ihrer Partei ebenfalls noch nichts mitbekommen zu haben. – Das ist eine erschreckende Tendenz.

Umso irritierender ist es allerdings, dass auch das moderne, saubere und neue Kohlekraftwerk in Datteln von den Grünen nicht gewollt und innerhalb der Koalition verhindert wird. Stattdessen laufen momentan weniger effiziente Kohlekraftwerke auf vollen Touren. Hätten alle Kohlekraftwerke dieser Welt die Effizienz wie das Werk in Datteln, so müssten

wir uns über den Klimaschutz weit weniger Gedanken machen.

NRW ist der Industriestandort Deutschlands. Wir sind der Wirtschaftsmotor. 40 % des deutschen Industriestrombedarfs fließen nach und in NRW. Man kann und darf die Wirtschaftsindustrie und die Arbeitsmarktpolitik nicht den Klimaschutzziele unterordnen. Wenn die Klimaschutzziele als oberstes Kriterium in die Landesplanung aufgenommen werden, können der Wirtschaftsminister und der Arbeitsminister ihre Büros aufräumen.

(Zuruf von der CDU: Da ist sowieso nichts drin!)

Diese Minister braucht hier dann niemand mehr.

Der Klimaschutz und die Reduzierung von CO₂ sind unser gemeinsames Ziel. Aber wenn bei uns keine Industrie mehr da sein wird, werden die Produkte in anderen Ländern produziert und NRW wird zum Verliererland. Dem Klima hilft der Alleingang nicht. Wir müssen unsere Industrie und unsere Kraftwerkstechnik in NRW effizienter machen. Die Energiewende muss mit Maß und Sorgfalt vorangetrieben werden. Ihre bisherige Politik, Herr Remmel, ist dagegen der Sargnagel für unsere Industrie und unsere Arbeitsplätze.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich fordere Sie deshalb auf, in den Dialog zu treten. Beenden Sie Ihr Diktat, beginnen Sie den Dialog mit den Bürgern und der Wirtschaft! Den Grünen ist es doch sonst immer so wichtig, dies zu tun. Nehmen Sie die Menschen mit! Ich habe davon leider noch nichts mitbekommen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, Ihre Ziele zu überdenken. Vor allen Dingen würde ich die SPD mal daran erinnern, dass die einst so stolze Arbeiterpartei auch für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zuständig ist und nicht nur für rote und grüne Ideologie. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Golland. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Golland, wenn Sie das Wort „ehrlich“ in den Mund nehmen und sagen, Sie hätten sich den Leuten gestellt, dann bekomme ich wirklich Schwierigkeiten; das sage ich Ihnen mal ganz ehrlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was Sie hier gerade im Bereich der Energiepolitik dargeboten haben, das ist nicht mehr zu beschrei-

ben. Sie und Ihre Fraktion haben hier noch vor einem halben Jahr die Restlaufzeiten verteidigt. Sie haben in Nordrhein-Westfalen technische Entwicklungen blockiert.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie mal was zum Klimaschutz!)

Sie haben Entwicklungen bei den kommunalen Stadtwerken verhindert. Sie haben verhindert, dass hier in Innovation und Forschung investiert wird – und halten uns vor, wir würden den Industriestandort gefährden. Es war der VKU, Herr Golland – hören Sie gut zu und lesen Sie die Protokolle, das bringt einen meistens sehr viel weiter! –, der sich deutlich dagegen ausgesprochen hat, die Restlaufzeiten zu verlängern.

Sie sagen: Wir waren dabei. – Wo war denn Herr Röttgen bei dem Deal, als es um Energie ging? Wo war er denn, als nachts um vier etwas unterschrieben wurde? – Der Reaktorsicherheitsminister war gar nicht dabei, Herr Golland. Vor dem Hintergrund wäre ich mit Begriffen wie „ehrlich“ und „Dialog“ ganz vorsichtig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann sprechen Sie davon, die Menschen einzubinden: Die erste Sitzung des Bundestagsausschusses für Reaktorsicherheit in Gorleben fand auf Antrag der CDU und FDP ohne Sachverständige statt. – Da bekomme ich wirklich Schwierigkeiten. Ich müsste mir wirklich Sorgen um den Standort Nordrhein-Westfalen machen, wenn wir nicht regieren würden, Herr Golland. Das ist nämlich der Unterschied.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Sie jedenfalls haben wenig Sachverstand!)

Wir haben schon in der zurückliegenden Wahlperiode deutlich gemacht, dass Klimaschutz für uns – und wir haben hier Debatten geführt, in denen der Klimawandel sogar angezweifelt wurde; vor diesem Hintergrund haben wir also viel erlebt, Herr Golland –

(Heiterkeit von Hans-Willi Körfges [SPD], von Britta Altenkamp [SPD] und von Sigrid Beer [GRÜNE])

eine große Herausforderung ist und dass wir den Fortschrittmotor Klimaschutz entwickeln müssen: weil Industrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Menschen davon betroffen sind, dass Energie knapp und teuer wird, und weil wir Sozialdemokraten auch die soziale Frage im Hinterkopf behalten müssen. Und wir haben deutlich gesagt, dass der Klimaschutz Motor für Innovation, Wandel und Arbeitsplätze ist. Und wenn man seinen Blick in Richtung Hannover mit der HANNOVER MESSE wendet, erkennt man, dass die deutsche Industrie da aufgestellt ist.

Nur, wenn ich mit einem Windkrafterlass, wie es ihn hier gab, die Windkraft aus Nordrhein-Westfalen und damit auch die Stahlproduktion und die Elektrozulieferindustrie vertreibe,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wer war das noch gleich? Herr Wittke, glaube ich!)

dann sollte ich vorsichtig sein, wenn es um Mittelstand geht und darum, den Standort Nordrhein-Westfalen nicht zu gefährden. Das halte ich für äußerst schwierig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir werden dieses Klimaschutzgesetz im Dialog mit den Verbänden, mit den Menschen machen, weil wir wissen, wie das ist, und weil wir uns den Debatten stellen. Ich komme selbst aus dem Münsterland und weiß, dass es, fängt man da mit einer Windkraftanlage von 130 m an, Konflikte gibt. Das lässt sich nicht wegdeklinieren. Aber: Sie müssen die Menschen in den Prozessen mitnehmen. Wenn Sie von vornherein von „Windkraftmonstern“ sprechen, wie es hier lange Zeit war, muss man sich nicht wundern, dass die Menschen dagegen sind, dass Investoren Nordrhein-Westfalen eben nicht besuchen und ihre Anlagen nicht hier bauen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dieses Klimaschutzgesetz hat Ziele, Herr Golland. Diese Ziele sind niedriger als die, die Sie in Ihrem Klimaschutzgesetz in Ihrer Regierungszeit hatten. Uns unterscheiden 8 % – weil wir eine sehr pragmatische Lösung gewählt haben, weil wir wissen, dass viele Dinge eine lange Zeit brauchen, und weil wir wissen, dass mit den Menschen gesprochen werden muss, um diesen Wandel zu erreichen.

Ich bin vor einigen Tagen mit dem Kollegen Priggen und mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Borken in einer kleinen Firma in Heiden gewesen. Sie, die hier über Innovation und Technik reden: Fahren Sie mal dorthin und schauen Sie, wie diese Menschen mit Windkraft und Solarenergie in einem ländlichen Bereich den Strukturwandel meistern und gerade im Mittelstand Arbeitsplätze schaffen.

Die Restlaufzeitverlängerung hätte nur für wenige Große viel Geld bedeutet, aber keinen Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Und das haben Sie hier noch bis vor wenigen Wochen verteidigt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie haben in der letzten Wahlperiode die Mittel für die Effizienzagentur in Duisburg, die genau den Mittelstand im Bereich PIUS berät, gekürzt. Sie wissen aber sehr wohl, wenn Sie den Mittelstand kennen, dass genau diese Betriebe keinen großen Stab an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben, die sich um Energie kümmern können. Vor diesem Hintergrund ist diese Mittelkürzung genau das Falsche. Es

ist richtig, die Mittel für die Effizienzstrategie zu erhöhen, um den Mittelstand hier zu fördern.

Beim Thema „Gebäudesanierung“ möchte ich noch einmal auf die Bundesebene schauen. Wir haben dort in den letzten Jahren Kürzungen von 2,2 Milliarden € im Jahr 2008 auf jetzt knapp 800 Millionen € erlebt. Das ist genau der Bereich, in dem die Sozialprobleme auftreten. Hier leben Menschen mit niedrigem Einkommen und hohen Heizkosten. Wir gehen genau hier hinein und fördern den Altbestand mit 200 Millionen €. Und das halte ich für den richtigen Ansatz.

Sie haben es in der letzten Wahlperiode sogar geschafft, einen Antrag, den wir zum Erneuerbare-Energien-Gesetz aus Baden-Württemberg übernommen haben, abzulehnen, obwohl Ihre Kollegen in Baden-Württemberg damit gute Erfahrungen gemacht haben. Vor dem Hintergrund: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Dieser Haushalt stellt die Weichen in die richtige Richtung, gerade für den Mittelstand und gerade für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Klimaschutz ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre – nicht nur weltweit, sondern auch hier in Nordrhein-Westfalen. Dieser Herausforderung stellt sich die Landesregierung mit diesem Haushalt.

Diese rot-grüne Landesregierung ist die erste, die sich Ziele nicht nur setzt, sondern sie auch mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Deutschlandweit haben wir es mit dem ersten Minister zu tun, der den Klimaschutz im Namen trägt. Aber nicht nur das: In seinem Ministerium werden in diesem Jahr und in den kommenden Jahren Mittel und Strukturen für einen effektiven Klimaschutz eingesetzt.

In den letzten fünf Jahren allerdings galten andere Regeln. Da wurde Klimaschutz mit „Kraftwerkserneuerungsprogramm“ übersetzt. Dass neue Kohlekraftwerke weniger CO₂ emittieren als alte, ist zwar richtig, aber allein neue Kohlekraftwerke führen nicht zu geringeren Emissionen und zum Erreichen der notwendigen Ziele.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf Bundesebene gelten diese veralteten Regeln leider immer noch. Da wird Rhetorik für erneuerbare Energien und gleichzeitig Politik nur für die vier großen Energieversorger gemacht. Da muss die Risikotechnologie Atomkraft so lange als Brückentechnologie erhalten, bis Frau Merkel die Angst vorm Wähler packt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Wibke Brems (GRÜNE): Nein, möchte ich nicht.

Wer Klimaschutz ernst meint, liebe Kolleginnen und Kollegen, der muss richtig und ehrlich rechnen, der muss Kosten und Nutzen abwägen und wirkliche Alternativen zulassen.

Mittel, die in den Klimaschutz gehen, sind Investitionen, die nicht nur dem Klimaschutz nützen, sondern auch die Wirtschaft voranbringen. Wenn wir die Klimakatastrophe nicht jetzt bekämpfen, bekommen wir in den nächsten Jahrzehnten nicht nur massive Auswirkungen beim Klima, sondern auch einen massiven volkswirtschaftlichen Schaden zu spüren.

Einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge könnten sich die Kosten für Klimaschäden in Deutschland ohne Klimaschutzmaßnahmen bis zum Jahre 2050 auf bis zu 800 Milliarden € kumulieren. Von diesen 800 Milliarden € für ganz Deutschland entfallen alleine auf Nordrhein-Westfalen über 70 Milliarden €. Das gilt es zu verhindern. Deshalb wäre eine Kürzung von Förderprogrammen in diesem Bereich auch absolut kontraproduktiv.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darum wird diese Landesregierung hier und jetzt aktiv. Es geht zum Beispiel darum, die Kraftwärmekopplung massiv nach vorne zu bringen. Hier ergänzen sich Ökonomie und Ökologie wieder einmal sinnvoll. Darum wird die Anbindung der Fernwärmeschienen Ruhr und Niederrhein an Kraftwärmekopplung und Fernwärme in den Ballungszentren unterstützt.

Die erneuerbaren Energien stehen für kommunale Wertschöpfungen wie kaum eine andere Investition. Der Kreis Steinfurt hat das verstanden. Dort werden jährlich 1,2 Millionen € für Energie ausgegeben. Derzeit verbleiben davon maximal 10 % im Kreis Steinfurt. Das einstimmig beschlossene Ziel des Kreistags dort ist, bis 2050 energieautark zu werden und somit die regionale Wertschöpfung auf 100 % zu bringen. 1,2 Millionen € für den Kreis Steinfurt! Dort wurden die Zeichen der Zeit erkannt.

Damit alle Kreise in Nordrhein-Westfalen ihre eigenen Potenziale bei der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien kennen, ist es wichtig, dass wir solche Analysen und Zielsetzungen unterstützen.

Diese rot-grüne Landesregierung hinterlegt Maßnahmen für Klimaschutz und Kraftwärmekopplung mit 32 Millionen € durch Ziel-2-Mittel. Die Vorgängerregierung hatte in diesem Bereich zwar immer große Versprechungen gemacht, aber konkret passiert ist gar nichts. Diese Landesregierung jedoch schafft es endlich, Investitionsfreundlichkeit und Investitionssicherheit auch im Energiebereich zu er-

möglichen. Der neue Windenergieerlass wird nicht nur dafür sorgen, dass wir endlich die Potenziale der Erneuerbaren in Nordrhein-Westfalen nutzen können, er ist auch gut für Land und Kommunen. Denn die Investoren stehen vor der Tür und wollen auch in Nordrhein-Westfalen wieder investieren. Das Klimaschutzgesetz wird also nicht nur für das Klima, sondern auch für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gut sein.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen teilt im Übrigen diese Ansicht. Er hat in einer Rede vor dem Bundestag im Jahr 2009 gesagt:

„Durch die ökonomische Modernisierung, die mit Klimaschutz einhergeht, ... erzeugen wir neue Märkte. Diejenigen, die dies anbieten, werden die Exportweltmeister der Zukunft sein. Diejenigen, die darin investieren, werden die Technologieführer der Zukunft sein.“

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Landesregierung hat diese Zeichen der Zeit nicht nur rhetorisch erkannt, sondern setzt sie mit diesem Haushalt im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik auch um. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Fraktion der FDP hat der Kollege Abruszat das Wort.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir führen derzeit ja eine Energiedebatte unter anderen Vorzeichen als in der Vergangenheit. Bemerkenswert ist, dass angesichts der Debatte um die Zukunft der Atomkernenergie derzeit kaum jemand vom Klimaschutz redet. Ich jedenfalls habe in den letzten Wochen erstaunlich wenig von denjenigen gehört, die sich dazu ansonsten immer so stark geäußert haben.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Wir wollen Klimaschutz mit Augenmaß. Klimaschutz mit Maß und Mitte zu machen, bedeutet, sich bewusst zu sein, dass wir auch mit dem besten Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen die Welt nicht retten.

Wenn wir wissen, dass China und die USA mehr als 40 % der globalen Emissionen verursachen, dass Deutschland seine Emissionen in den letzten anderthalb Jahrzehnten um mehr als 20 % gesenkt hat und heute – in Anführungsstrichen – nur noch 2,5 % des gesamten weltweiten Ausstoßes verursacht, und zwar als eine der größten Volkswirtschaften der Welt, dann sollten wir die Grenzen der eigenen NRW-weiten Bemühungen bei allem Aktionismus, der diesem Themenfeld innewohnt, auch realistisch einschätzen.

Richtig ist, dass wir in Nordrhein-Westfalen erheblich mehr CO₂-Tonnen-Ausstoß pro Einwohner haben als in der übrigen Republik. Das liegt natürlich daran, dass wir ein ausgewiesener Industrie- und Anlagenstandort sind. Ich sage das ausdrücklich: Die Freien Demokraten hier im Landtag wollen Nordrhein-Westfalen als Industriestandort sichern und weiterentwickeln.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Seit Neuestem hören wir das auch, nachdem die Gewerkschaften es schon länger vertont haben, von der SPD. Ich wollte Ihnen eben eine Zwischenfrage stellen, Frau Kollegin Brems. Der SPD-Chef Sigmar Gabriel will neue Kohlekraftwerke.

(Serdar Yüksel [SPD]: Moderne, effiziente!)

– Herr Yüksel, aber Frau Brems will offensichtlich auch keine neuen, modernen Kraftwerke. – Wir unterstützen das. Wir sagen Ihnen voraus: Hochmoderne Kohlekraftwerke sind notwendig als Ersatz für alte Anlagen und sind ein Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist Klimaschutz mit Augenmaß.

Im Bereich des Klimaschutzes ist das Handeln der Landesregierung sehr stark von Ankündigungen geprägt gewesen. Von klaren Taten und Ergebnissen war bisher noch nicht viel zu sehen.

Von dem großen Prestigeprojekt dieser Regierung, dem Projekt „Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen“, war ja schon die Rede. Ist es eigentlich Gebot der Stunde, Klimaschutzziele durch ein Landesgesetz zu regeln? Und vor allem: Ist das überhaupt rechtlich möglich? Die Tatsache, dass dieses Gesetz bis heute nicht vorliegt, zeigt, dass zwischen Rot und Grün an dieser Stelle erhebliche Gegensätze bestehen. Und die können Sie auch durch noch so schöne Reden an diesem Pult nicht wegwischen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Es ist offensichtlich geworden, dass das Klimaschutzgesetz bisher auch deshalb nicht vorgelegt worden ist, weil die Sozialdemokraten zu Recht Bedenken angemeldet haben.

(Beifall von der FDP)

Selbstverständlich darf ein solches Gesetz nicht zu einem Deindustrialisierungsgesetz verkommen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Viele energieintensive Betriebe in Nordrhein-Westfalen befürchten erhebliche Standortnachteile. Wenn dann ein Unternehmen in ein anderes Land abwandert oder sogar Betriebsstätten woandershin verlagert, dann gewinnt nicht das Klima in Nordrhein-Westfalen, sondern es wird den Arbeitsplätzen geschadet und es gibt keinen Klimaschutz in Nord-

rhein-Westfalen, der zielführend ist. Das ist dann in der Tat eher Harakiri-Politik.

(Beifall von der FDP- Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn wir bei der CO₂-Reduzierung wirklich Effekte erzielen wollen, dann müssen wir uns als Land an die Potenziale heranwagen, die es auch außerhalb des Emissionshandels gibt. Und hier taugen die Grundsätze sozialer Marktwirtschaft ganz besonders. Wir brauchen Anreize, Informationen für die Menschen, denn wenn sich eine Investition lohnt, beispielsweise in die energetische Sanierung von Gebäuden, dann werden die Bürger eine solche Sanierung auch annehmen und durchführen. Viele tun es ja schon.

Meine Damen und Herren, weniger Ideologie, mehr Pragmatismus – das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zu Recht hat der Oberbürgermeister von Wilhelmshaven gesagt – ich zitiere –:

Wir müssen darauf achten, dass der Klimaschutz nicht zur Religion und das Kohlendioxid nicht zum Teufel wird.

In diesem Sinne setze ich darauf, dass wir in den kommenden Monaten Klimaschutz mit Augenmaß machen und gemeinsam Konzepte entwickeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Kollege Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe.

Es fällt schwer, die Debatte über die eigentlich angemessenen Maßnahmen in das Korsett einer Haushaltsberatung einzuschnüren, die von dem Druck eines neoliberalen Gerichtsentscheids zum Nachtragshaushalt 2010,

(Gregor Golland [CDU]: Unfassbar! – Weiterer Zuruf von der CDU)

vom Damoklesschwert der von den Altparteien gemeinsam verantworteten Schuldenbremse und vom Zurückweichen vor dem konservativ-liberalen Geschrei nach Haushaltskonsolidierung geprägt ist.

Der Klimaschutz erfordert nicht nur das rasche Umsteuern auf erneuerbare Energien. Alleine dafür müsste sehr viel Geld in die Hand genommen werden. Da darf nicht mehr gekleckert, da muss richtig geklotzt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Denn sonst sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen.

Der Klimaschutz erfordert darüber hinaus das, was die grüne Partei in ihrer Frühzeit vorgetragen hatte, als sie noch wirklich einschneidende Veränderungen wollte. Der Klimaschutz erfordert den radikalen Umbau unserer Industriegesellschaft und die radikale Umgestaltung unseres Lebensraums.

Wir müssen massiv Energie einsparen, schädliche Emissionen drastisch reduzieren und für saubere Luft sorgen. Dafür brauchen wir zum Beispiel den Abbau des Autoverkehrs zugunsten des Verkehrs auf der Schiene. Güter gehören auf die Schiene. Sogar die SPD wusste das einmal. Aber auch der Personentransport auf der Schiene muss so attraktiv gemacht werden, dass das Bedürfnis, individuelle Automobile für die alltäglichen Wege zu nutzen, rasch zurückgeht.

(Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen aber noch mehr als das, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen die Umgestaltung des Lebensraums. Was für eine Verschwendung, was für ein Raubbau wird betrieben, wenn Millionen von Menschen heute täglich Stunden um Stunden damit verbringen, von A nach B zu kommen, nur um ihrer Arbeit nachzugehen, ihre Kinder wegzubringen und wieder abzuholen oder im Supermarkt ihre Lebensmittel einkaufen, um Sport zu treiben oder ins Grüne zu fahren, damit sie auch einmal ein paar Schritte gehen und dabei durchatmen können. Ich wiederhole: Was für eine Verschwendung, was für ein Raubbau!

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Die Wege zur Arbeit, zum Einkaufen, zu Betreuungseinrichtungen und zur Freizeitgestaltung müssen drastisch verkürzt werden. Das spart nachhaltig Energie und erhöht den Anteil freier Zeit für die Menschen. Die Städte müssen so umgestaltet werden, dass sie den menschlichen Bedürfnissen nach einem gesunden Leben in einer angenehmen Umgebung entgegenkommen. Das schafft Lebensqualität. Der ländliche Raum muss seinerseits so umgestaltet werden, dass die für eine ansprechende Gestaltung des Alltags erforderlichen Einrichtungen allen zugänglich sind, ohne dass große Entfernungen zurückgelegt werden müssen.

Um diesen großen Aufgaben gerecht zu werden, gibt es drei Mittel. Erstens: investieren. Zweitens: investieren. Und drittens: noch mehr investieren.

(Beifall von der LINKEN)

Ich werde im Zuge der Behandlung der Wirtschaftspolitik Gelegenheit haben, Ihnen auseinanderzusetzen, wie das geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Gregor Golland [CDU]: Bloß nicht! Das ist schon einmal gescheitert bei euch!)

In der Zwischenzeit muss ich mich sehr wundern, wo eigentlich das von SPD und Grünen angekündigte Klimaschutzgesetz geblieben ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo ist denn Herr Sattel geblieben? Das ist doch auch interessant!)

Bis auf einige Eckpunkte ist nichts bekannt. Allerdings haben einigen Presseberichten zufolge die RWE diesen Entwurf vielleicht schon vorliegen. Denn sie haben ja gesagt, sie prüfen diesen Gesetzentwurf. Das finde ich ein bisschen interessant und auch ungewöhnlich.

Haben die Wählerinnen und Wähler Sie nicht unter anderem wegen dieses Versprechens gewählt, wer te Kolleginnen und Kollegen?

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Oder weichen Sie vor der CDU zurück? Die CDU hat in diesem Haus ja beantragt, auf ein Klimaschutzgesetz zu verzichten.

Wir Linken glauben nicht, dass die Wählerinnen und Wähler der SPD und der Grünen vergessen haben, was im Wahlkampf versprochen worden ist. Wir wollen wissen, wann die Regierungsfractionen endlich den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes für das Land NRW hier einbringen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Aggelidis, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Mostofizadeh möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Michael Aggelidis (LINKE): Ja.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Angesichts der Arbeitsverweigerung der Linksfraktion bei den Abstimmungen würde mich einmal interessieren, wo sich der haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion aufhält.

(Zurufe von den GRÜNEN und von der CDU: Oh!)

Michael Aggelidis (LINKE): Das gehört doch hier wohl überhaupt nicht zur Sache.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir können uns hier gerne über Klimaschutz unterhalten. Ich finde es ein bisschen reichlich daneben, Herr Kollege Mostofizadeh, dass Sie das nötig haben.

Wir Linken bieten in der Frage des Klimaschutzgesetzes unsere Mitwirkung an. Aber wir müssen

endlich erfahren, was hier gespielt wird und warum eventuell vorhandene Gesetzentwürfe in rostrot-olivgrünen Schubladen verschimmeln. Erklären Sie uns das, wer te Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Remmel. – Es wäre schön, wenn wir wieder ein bisschen ruhiger werden könnten.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich hier so manchen Diskussionsbeitrag hören muss, dann frage ich mich: In welchem Land leben wir eigentlich?

(Gregor Golland [CDU]: Das frage ich mich auch!)

Ich würde Sie, Herr Golland, gerne einfach einmal auf die Reise durch das Land Nordrhein-Westfalen mitnehmen.

(Zuruf von der CDU: Machen Sie das!)

Der Zug rollt nämlich bereits, und er nimmt Fahrt auf. Kommen Sie doch einmal mit nach Duisburg in das Institut für Brennstoffzellentechnik. Dort wartet man sehnsüchtig darauf, dass es Leitentscheidungen zur weiteren Förderung von Brennstoffzellentechnik und von Mikro-KWK gibt. Kommen Sie mit auf die Hannover-Messe! Dort spüren Sie den Optimismus nordrhein-westfälischer Unternehmen, die auf Leitentscheidungen zum Klimaschutz und zu den erneuerbaren Energien warten.

Kommen Sie mit zu den Treffen der Stadtwerke, die davon sprechen, dass sie aufgrund der Laufzeitverlängerung Investitionsentscheidungen nicht getroffen haben, die Leitentscheidungen für die Zukunft wollen und brauchen, wo es um Fragen wie Leitungsbau, Energieeinsparung und neue Investitionen geht.

Kommen Sie mit nach Saerbeck! Kommen Sie mit nach Bocholt! Das sind Kommunen, die sich auf den Weg machen, die schon viel weiter sind als die Diskussionen, die hier teilweise stattfinden. Kommen Sie mit in den Kreis Steinfurt! Dieser Kreis hat sich zum Ziel gesetzt, 2030 CO₂-neutral und energieautark zu sein. Kommen Sie mit zur Steag! Dort macht man sich Gedanken darüber, wie wir eine Nah- und Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr aufbauen können.

Kommen Sie mit zu den Handwerkskammern, zu Handwerksbetrieben, die davon sprechen, dass die Konjunkturlilfe im Zusammenhang mit der Gebäu-

desanierung aus einem Euro, der eingesetzt wird, vier Euro an Investitionen macht.

Im Land passiert einiges. Aber man wartet auf eine Leitentscheidung dazu, in welche Richtung es denn gehen soll. Diese Leitentscheidung ist notwendig, und diese Leitentscheidung heißt „Klimaschutz als Treiber“ – als Treiber auch der Reindustrialisierung für Nordrhein-Westfalen, um dies an dieser Stelle auch ganz deutlich zu unterstreichen.

Denn ohne Industrie werden wir diesen notwendigen Sprung nicht schaffen. Wir brauchen die Stahlindustrie, wir brauchen die Produkte aus der Aluminiumwirtschaft. Ohne Aluminium werden wir keine leichten Fahrzeuge herstellen können. Wir brauchen die chemische Industrie, um die Dämmstoffe für unsere Gebäude zu produzieren – und diese müssen in Nordrhein-Westfalen produziert werden. Wir brauchen den Maschinenbau. Jedes zweite Getriebe für Windenergieanlagen weltweit kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Wir brauchen natürlich auch die Logistik, und wir brauchen das Handwerk. Wir brauchen die Industrie in Nordrhein-Westfalen, und deshalb müssen wir uns in der Tat Gedanken machen: Was ist mit der Industrie? Die Industrie hat in Nordrhein-Westfalen schon sehr viel geleistet. Schauen Sie sich einmal die ganz konkreten Zahlen an: Über 40 % der CO₂-Einsparungen in Nordrhein-Westfalen hat die Industrie bereits erbracht. Das muss man an dieser Stelle deutlich unterstreichen.

Insofern ist das keine Frage der Industrie, sondern es ist eine Frage der Energieproduktion und vor allem auch der Wärmeproduktion. Darüber müssen wir in der Tat reden; wir müssen darüber reden, wie wir da den Umstieg, den Einstieg in die erneuerbaren Energien schneller schaffen, als wir es bisher gemacht haben.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Remmel, Entschuldigung, dass ich Ihren Redefluss unterbreche. Der Kollege Golland würde Ihnen gern eine Frage stellen.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die anderen Kollegen könnten vielleicht etwas leiser sein. Es ist hier relativ laut.

Gregor Golland (CDU): Danke schön. – Herr Remmel, ich habe Sie selten so leidenschaftlich für die deutsche Industrie kämpfen gehört. Das finde ich toll. Ich finde auch alles, was Sie sagen, richtig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist richtig, wenn Sie sagen, dass wir eine Chemieindustrie, eine Maschinenbauindustrie, eine Aluminiumindustrie brauchen. Die brauchen extrem viel Strom. Wie wollen Sie es schaffen, dass diese den Strom auch bezahlen können?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das ist in der Tat ein Problem, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Die energieintensiven Unternehmen gerade im Bereich Stahl und Aluminium brauchen wir hier,

(Kai Abruszat [FDP]: Sehr richtig!)

um die hier befindlichen Wertstoffketten dauerhaft zu erhalten und zu sichern. Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Dann wäre ich gerne mit Ihnen zusammen in Berlin unterwegs,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Und in Brüssel!)

wenn es darum geht, die Erlöse aus dem Emissionshandel wieder nach Nordrhein-Westfalen zu holen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

damit wir bei den energieintensiven Unternehmen wirklich ein Benchmark setzen.

Ich wäre mit Ihnen auch gerne zusammen in Berlin unterwegs, wenn es darum geht, die KWK-Förderung so zu gestalten, dass wir in Nordrhein-Westfalen gerade für die energieintensiven Industrien Pluspunkte sammeln können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir ein Klimaschutzgesetz. Und wir brauchen im Übrigen die entsprechenden Zielsetzungen als Leitentscheidung. In diesem Zusammenhang die Frage an Sie: Was ist denn mit Ihren Zielsetzungen, die Sie sich seinerzeit gegeben haben? Was ist mit 33 % bis 2020? Und was ist mit der Zielsetzung von 80 %, die der Bundesumweltminister ins Energiekonzept der Bundesregierung geschrieben hat? Oder was ist mit den europäischen Zielsetzungen von 80 bis 95 %. Wie stehen Sie dazu? Nehmen Sie das ernst? Sind das auch Ihre Ziele? – Das hätte ich gerne von Ihnen gewusst. Dann kämen wir hier auch zu einer gemeinsamen Entscheidung.

Also: Klimaschutz als industrieller Treiber für unseren Standort, für Arbeitsplätze, aber auch für das Klima – das ist die Perspektive, die der Landeshaushalt und die diese Landesregierung bieten. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Weitere Wortmeldungen

liegen nicht vor, sodass ich die Beratungen zum Einzelplan 10 hiermit schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 15/1710, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke an der Abstimmung mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1710 angenommen** und der **Einzelplan 10 verabschiedet**.

Ich rufe auf

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1704 hin und eröffne die Beratung. Sobald etwas Ruhe eingekkehrt ist, hat Herr Kollege Giebels von der Fraktion der CDU das Wort.

Harald Giebels (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die diesjährigen Beratungen zum Landeshaushalt wurden unter einem enormen Zeitdruck durchgeführt; es standen uns gerade einmal dreieinhalb Wochen insgesamt zur Verfügung.

Bereits bei der Erörterung des im Entwurf und in einer ersten Ergänzungsvorlage von der Landesregierung vorgelegten Zahlenwerkes war jedem klar, und zwar der Regierung wie allen Fraktionen, dass die vorliegenden Unterlagen entgegen dem Wissensstand der Landesregierung die tatsächliche Finanzsituation des Landes zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen nicht wiedergaben.

Weder gab es eine Reaktion der Landesregierung auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 15. März dieses Jahres noch wurden vom Finanzminister öffentlich bekannt gegebene Mehreinnahmen durch Steuern für die Beratungen des Parlaments in die Beratungsunterlagen durch eine weitere Ergänzungsvorlage eingearbeitet. Stattdessen übernahmen diese Aufgabe der Regierung die sie tragenden Fraktionen von SPD und Grünen.

Wir alle wissen, dass sich die Landesregierung für diesen Weg entschieden hat, um der Opposition im Parlament ansonsten zustehende zusätzliche Anhörungs- und Beteiligungsrechte nicht zu gewähren. Ein fairer Umgang im Parlament und gerade von denen, die sich einer Koalition der Einladung rühmen, sieht anders aus.

Wir alle wissen auch, dass das bisherige Zahlenwerk für einen Landeshaushalt, so wie es bis heute vorliegt, schlichtweg verfassungswidrig ist. Unstreitig ist, dass die im Entwurf des Landeshaushalts enthaltene Neuverschuldung mit mehr als 3,77 Milliarden € ausgewiesen ist, ohne dass die Landesregierung bisher schlüssig eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts behauptet

(Martin Börschel [SPD]: Das ist nicht unstrittig!)

und versucht hat, zu begründen, dass mit der Überschreitung der regelmäßigen Verschuldungsgrenze geeignete und hinreichend bestimmte Maßnahmen getroffen werden, um effektiv einer behaupteten Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu begegnen. Auch die von der Landesregierung am 7. April versuchte Nachbegründung reicht nicht aus.

Bei Durchsicht des Entwurfs des Haushalts für den Einzelplan 04 ist zunächst festzustellen, dass die jetzige Minderheitsregierung eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten fortführt, die die vormalige Justizministerin Müller-Piepenkötter erfolgreich initiiert und gestartet hat.

Als Beispiele hierfür sind zu nennen: die Stärkung des Strafvollzuges durch erhebliche Investitionen in Liegenschaften und Personal, die höchste Quote an Haftplätzen im offenen Vollzug im Vergleich aller Flächenländer in der Bundesrepublik, die nahezu Verdreifachung der Stellen für Rechtspflegeranwälter, 400 neu geschaffene Stellen für befristet beschäftigte Angestellte, die über Jahre hinweg Sorge haben mussten, ob ihr Jahresvertrag verlängert wurde, mehr Richter für die Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit und mehr Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie die zusätzlichen Staatsanwälte, aber auch die Erhöhung der Mittel für die externe Drogentherapie um 36 % wie auch die Einführung eines Opferschutztages, die Bekämpfung der Jugendkriminalität durch Projekte wie „Staatsanwalt vor Ort“ und „Gelbe Karte“ und nicht zuletzt die Schaffung eines Ombudsmannes für den Strafvollzug.

Der Bereich Personal hat im Haushalt des Justizressorts besondere Bedeutung. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie in der vergangenen Legislaturperiode die Fraktionen von SPD und Grünen immer wieder lautstark mehr Geld und mehr Stellen für Personal gefordert haben. Jetzt – in Regierungsverantwortung – ist dazu von SPD und Grünen kaum noch etwas zu hören. Im Gegenteil: Betreffend den Strafvollzug erschöpft sich die Stellungnahme der Regierung im Wesentlichen in dem Hinweis, man habe doch genug Personal, man müsse nur den Krankenstand senken. – Mit Blick auf das eben beschriebene frühere Verhalten ist das unredlich und fast schon zynisch gegenüber den Beschäftigten.